

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltigen Zeilen ober deren Raum 250 Btg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Btg., Kellamen 1000 Btg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16.

Donnerstag, den 19. Januar 1922.

29. Jahrgang.

## Telegrammwechsel Poincaré—Lloyd George.

Paris, 18. Januar.

Poincaré hat an die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen Begrüßungstelegramme übersandt. Das Telegramm an Lloyd George hat folgenden Wortlaut:

Ich lege Wert darauf, Ihnen im Namen der französischen Regierung die Versicherungen, die ich Ihnen bei unserer freundschaftlichen Besprechung am Sonnabend aus eigenem Antrieb und persönlich gemacht habe, zu erneuern. Frankreich wird sich beeilen, die Prüfung der verschiedenen Fragen, die gegenwärtig zwischen England und ihm schweben, in freundschaftlichem Geiste wieder aufzunehmen. Ich hege die feste Hoffnung, daß es uns gelingen wird, sie durch gegenseitiges Vertrauen zum Besten der Interessen unserer beiden Länder zu lösen. Die französische Regierung ist als treuer Dolmetscher der Wünsche des Parlaments und der Nation überzeugt, daß es den beiden Völkern, die auf den Schlachtfeldern für ein und dieselbe Sache so eng vereint gekämpft haben, gelingen wird, in gemeinsamem Einvernehmen unter Aufrechterhaltung des europäischen Friedens die Durchführung der Verträge, die sie unterzeichnet haben, und die Reparationen für die durch die Invasion verursachten Schäden sicherzustellen.

Lloyd George sandte folgendes Antworttelegramm. Mit großer Befriedigung haben meine Kollegen und ich Ihre namens der französischen Regierung gegebene freundschaftliche Bestätigung der Versicherungen entgegengenommen, die bei unserer persönlichen Aussprache am letzten Sonnabend ausgetauscht wurden. Die britische Regierung hat in vor kurzem veröffentlichten Dokumenten die Politik enger Zusammenarbeit, die sie mit Frankreich aufrechtzuerhalten wünscht, in großen Zügen dargestellt, so daß jede Wiederholung ihrer Ansicht an dieser Stelle sich erübrigt. Es möge genügen, zu sagen, daß sie die Sicherheit des französischen Gebiets gegen einen deutschen Angriff, die Bezahlung der Reparationen für die zerstörten Gebiete, gesicherten Reparationen und die ständige Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Versailler Vertrages als gemeinsame Interessen der französischen und der britischen Politik betrachtet, die beide Völker gemeinsam verteidigen müssen. Wir wünschen lebhaft und wir sind glücklich, festzustellen, daß Sie denselben Wunsch hegen, die unerledigten Probleme in der Weise zu behandeln, daß das enge Einvernehmen zwischen Ihrem Volk und dem unsrigen durch nichts gestört werden kann und daß der Geist der Kameradschaft, der zwischen uns in der Kriegszeit geherrscht hat, uns weiterhin besetzt bei den hohen Aufgaben, die darin bestehen, die Völker Europas durch einen gerechten und dauerhaften Friedenspakt zur Einigung zu bringen.

Paris, 18. Januar.

Der Depeschenwechsel zwischen Lloyd George und Poincaré hat den Anlaß zu Erörterungen gegeben nicht etwa wegen des Telegramms von Poincaré, das wohl abschließend das Einverständnis mit Parlament und Volk unterstreicht, sondern wegen zweier Bemerkungen von Lloyd George, die dem neuen Ministerium den Beweis geliefert haben dürften, daß die Dinge sich doch nicht so einfach vollziehen werden, wie die Poincaré-ergebene Presse annehmen zu können glaubte. Es ist selbstverständlich, daß der englische Erste Minister die Geneigtheit betont, Frankreich gegen einen deutschen Angriff zu sichern; denn der Schutzvertrag bildet die Grundlage der Briand'schen Politik in Cannes, die in Parallele liegt mit der englischen Politik. Aus diesem Grunde spricht auch Lloyd George von der Annäherung der Völker Europas und einem gerechten und ständigen Friedenspakt. Aus dem gleichen Grunde erwähnt der englische Ministerpräsident auch das Memorandum der englischen Regierung vom 4. Januar d. J., um den französischen Politikern den Beweis zu liefern, daß die englische Regierung gewillt ist, in Genua den Weg zu beschreiten, den gewisse politische Kreise Frankreichs dadurch glauben verperrten zu können, daß sie die Krise von Cannes hervorriefen.

Diese Klärung, zwei Tage bevor das Ministerium Poincaré sein Programm vor dem französischen Volk entwickelt, ist von größter Bedeutung. Das Journal des Debats hat dies auch erkannt, denn es sagt: Die Franzosen glaubten, durch den Friedensvertrag von Versailles seien bereits die erforderlichen Maßnahmen zur Befriedigung Europas getroffen. Das Journal des Debats hält es für absolut unzulässig, daß die Schuldnerstaaten mit den Gläubigerstaaten zusammen Europa verwalten sollen. Etwas derartiges sei in keiner „Handelsgesellschaft“ zulässig. Mit Deutschland will das Blatt nichts zu tun haben, weil dieses sich den fiskalischen Bankrott und die wirtschaftliche Prosperität schaffe. Weil es einen Teil seines Kriegsmaterials verberge und weil es nur dem Zwang nachgebe. In Rußland aber herrsche eine Diktatur (zur Zeit des verhängnisvollen Jaren herrschte wohl keine Diktatur?), die sich einbilde, ebenso viel Soldaten wie Frankreich unterhalten zu dürfen.

Man darf ohne weiteres annehmen, daß Poincaré die politische Lage doch etwas anders auffaßt; denn er hat sich schon bereit erklärt, die Konferenz von Genua, die er am Freitag ablehnte, anzunehmen, und, wie man in einigen politischen Kreisen versicherte, sich sogar selbst nach Genua begeben.

## Um die neuen Steuern.

SPD. Berlin, 18. Januar. (Drahtbericht.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm Mittwochs nachmittags den Bericht des Genossen Hermann Müller über die bisherigen Steuerbehandlungen entgegen. Genosse Müller stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß angesichts der schweren, von den Massen zu tragenden Lasten die in den Regierungsvorlagen vorgesehenen Besteuerungen als durchaus unzureichend erscheinen. In Bezug auf die Frage, ob es bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstag möglich sein wird, zu einem die sozialdemokratische Partei voll befriedigenden Ausgleich zu gelangen, äußerte sich Genosse Müller skeptisch. Er wies auch auf die große Gefahr hin, daß das Kabinett Wirth über die Steuerreform kürzer Wante, was eine verhängnisvolle Verschlechterung unserer inneren und besonders auch der äußeren Lage bedeuten würde.

In der Debatte wurden die verschiedenen Möglichkeiten, den Gedanken der Erfassung der Sachwerte geschlechtlich zu verwirklichen, eingehend diskutiert, wobei die Frage der Auflegung einer Zwangsanleihe, die von den Wirtschaftsverbänden zu garantieren wäre, mit in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde. Die Beratungen dauerten in später Abendstunde noch fort und sollen Donnerstag vormittags 10 Uhr fortgesetzt werden.

Nur die bisherige Wirkung der Besteuerungen ist bezeichnend, daß von den bis Juni 1921 eingegangenen Zahlungen von 15 Milliarden auf das Reichsnotopfer, über 10 Milliarden durch Kriegsanleihe geleistet wurden. Für die weiteren Monate des Jahres 1921 ist dasselbe Verhältnis anzunehmen. Nur der Rest erfolgte in Barzahlungen. Man ersieht hieraus, daß das Reichsnotopfer in der bisherigen Form lediglich auf eine Rümbildung der Kriegsanleihe hinausläuft und zwar zu einer Zeit, in der das Reich sich in der ärgsten Finanznot befindet und an eine Tilgung von Anleihen nicht denken kann. Diese Verhältnisse sind besonders beachtenswert, weil gewisse Steuerkompromißvorläufe darauf hinauslaufen, die Besteuerungen mit dem Reichsnotopfer zu verquiden.

## Die deutsche Denkschrift an die Reparationskommission.

SPD. Berlin, 18. Januar. (Drahtbericht.)

Die Arbeiten der einzelnen Reichsministerien zur Aufstellung der von der Reparationskommission geforderten Denkschrift sind im vollen Gange. Die Arbeiten werden dadurch erleichtert, daß das Material bereits für die deutsche Delegation für Cannes zusammengestellt war und jetzt Verwendung finden kann. Vor allem handelt es sich darum, der Reparationskommission die in Aussicht genommene Regelung der Finanzen des Reiches im einzelnen darzulegen und einen Gesamtplan aufzustellen. Wie wir erfahren, wird die Denkschrift u. a. eingehende Mitteilungen über die Wirkungen der neuen Steuern und die beabsichtigte Regelung der Kohlenpreise machen. In Bezug auf die von der Kommission geforderte Stilllegung der Notenpresse beabsichtigt die Reichsregierung auf die hiermit verbundenen großen Schwierigkeiten hinzuweisen. Soweit eine Aussicht möglich ist, werden nach dem bisherigen Maßstab des Reichserarfs nicht mehr als 18 Milliarden Papiermark für die Reparationsleistungen zur Verfügung stehen; es sei denn, daß man vor einer weiteren Erhöhung der schwebenden Schulden nicht zurückschreckt, was die Enterte gerade vermeiden will. Zu beachten ist, daß die Erleichterungen, die durch die Aufhebung von Sachleistungen an Stelle von Barleistungen in Aussicht stehen, nur den Devisenbedarf verringern, den immerhin Staat jedoch weiter stark belasten. Die schweren Krisen, die man von großen Barleistungen erwartet, sind durch die Umstellung auf Sachleistungen allein noch nicht vermieden. Daß Erleichterungen im Innern Rückwirkungen auf unsere Zahlungsfähigkeit nach außen hervorzurufen, ist selbstverständlich. Auf alle diese Einzelheiten wird die Denkschrift der Regierung hinwirken, wie sie auch die Rückwirkungen einer Schwächung der inneren Wirtschaft Deutschlands auf den Geldmarkt darzulegen versucht wird. Auch für die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der Oststaaten sollen Vor schläge vorbereitet werden.

Bei aller Bereitwilligkeit der Reichsregierung, im Rahmen des Möglichen zu zahlen und Sachleistungen zu leisten, wird man doch darauf hinweisen müssen, je höher die Reparationsleistungen sind, der innere Wirtschaftsaufbau Deutschlands um so schwerer ist.

Am Mittwoch vormittags trat der Auswärtige Ausschuss zusammen, um einen Bericht Dr. Rathenau's über die Verhandlungen in Cannes entgegenzunehmen. Die Verhandlungen waren vertraulich. Man erfuhr aber immerhin, daß Rathenau mit seiner Berichterstatterin über die Verhandlungen in London und Cannes auf den Ausbruch starken Erbdrucks gemacht hat. Selbstredend stimmten Herrn Dr. Rathenau in sachlicher Form fest an. Rathenau mußte aber seinen Gegnern so gestrichelt und mit so reichhaltigem Beweismaterial zu antworten, daß der Tag weitläufiger als ein Erfolg Rathenau's und Dr. Wirths anzuspreehen ist. Man darf annehmen, daß die Reichsregierung bei der parlamentarischen Behandlung der Reparationsfrage eine gute Position haben wird.

## Leipzig und wir.

Die politische Mission der Mehrheitssozialdemokratie.  
Von Eduard Bernstein.

Die Reden und Beschlüsse des Leipziger Parteitags der Unabhängigen Sozialdemokratie haben in der Presse unserer Partei eingehende Besprechung gefunden, die erfreulicherweise durchweg in kameradschaftlichem Ton gehalten war. Man entnahm aus ihnen mit Bedauern die Tatsache, daß die Zeit des Zusammenschlusses der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands noch nicht gekommen ist, aber fand sich ohne bittere Gegenäußerungen mit den Angriffen und Anschuldigungen gegen unsere Partei ab, an denen es in Leipzig nicht gefehlt hat. Dies ganz ersichtlich in der Erkenntnis, daß die innere und äußere Lage Deutschlands ein von Gehässigkeiten freies Nebeneinanderarbeiten der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wünschbar macht, so daß sie sich im gegebenen Fall ohne Reibungen zu gemeinsamer Aktion zusammenfinden können.

Die Vermeidung alles unnötigen Streites schließt aber natürlich nicht aus, daß man sich in aller Ruhe und Sachlichkeit über die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten auseinandersetzt, welche die beiden Parteien heute trennen. Und in bezug auf sie scheint mir ein nachträgliches Wort zu den Leipziger Debatten am Platze.

Fragen wir unter Beiseitelassung aller Personenfragen und aller Fragen bloßer Taktik, was die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands auseinanderfällt, so tönt uns von Leipzig zunächst die Antwort entgegen: die Koalitionspolitik. Und die ist in der Tat mehr als eine Frage bloßer Taktik, sie ist eine tiefgreifende Frage der Politik, die nicht mit bloßer Taktik zu verwechseln ist. Taktische Fragen sind Angelegenheiten der Berechnung in Hinblick auf unmittelbar zu erzielende Vorteile; sie können jede für sich allein betrachtet und gewertet werden. Die Politik umfaßt einen ganzen Komplex von Fragen, sie ist der Ausfluß grundsätzlicher Überlegungen, bei denen nicht der augenblicklich zu erzielende Vorteil, sondern große weitreichende Interessen den Entscheid geben. Nicht aus taktischen Rücksichten, aus Gründen der Politik im tieferen Begriff dieses Wortes hat sich die Mehrheitssozialdemokratie dazu entschlossen, für die Zwecke der Bildung einer Regierung der Republik nötigenfalls Koalitionen mit bürgerlichen Parteien einzugehen.

Wir haben in Deutschland die demokratische Republik erlangt, und ohne uns darüber zu täuschen, daß sie noch unvollkommen ist, uns nur erst die Form für ein im vollen Sinne des Begriffs republikanisches Gemeinwesen darbietet, sind wir Sozialdemokraten doch darin einig, daß wir diese Republik unter allen Umständen gegen ihre Gegner verteidigen, mit Aufgebot aller unserer Kraft für ihre Sicherstellung eintreten müssen. Nun ist aber die Sicherstellung keineswegs nur eine Frage äußerer Machtmittel. Sie hängt auch davon ab, daß die Republik lebt und sich entwickelt, statt nur zu vegetieren. In diesem Sinne leben kann sie aber nur, wenn sie eine ihrem Wesen angepaßte Regierung hat, denn ohne das wird man nie erringen, daß die Welt, daß insbesondere die breite Masse des eigenen Volkes an sie glaubt.

Die Aufgabe aller, welche danach streben, die Republik lebens- und entwicklungsträchtig zu erhalten, muß danach, soweit die Regierungsbildung in Betracht kommt, darauf gerichtet sein, für das Zustandekommen einer möglichst den Anforderungen der Republik entsprechenden Regierung zu sorgen. Eine solche ist aber bei dem Stärkeverhältnis der Parteien in Deutschland auf absehbare Zeit nur möglich auf Grund einer Koalition derjenigen bürgerlichen Parteien, die sich entschieden auf den Boden der Republik gestellt haben, mit der Sozialdemokratie.

Was dabei herauskommt, wenn die Sozialdemokratie es ablehnt, an solcher Koalition teilzunehmen, haben wir in der Periode vom Juni 1920 bis Mai 1921 erlebt. Das unvermeidliche erste Ergebnis war die Verschiebung der Koalition und damit ihres politischen Schwerpunktes nach rechts, was dann in naturgemäßer Folge die Schwächung in weiten Kreisen des oberen und mittleren Beamtenums nach sich zog, den viel zu langsamen, aber immerhin doch vor sich gehenden Prozeß von dessen Republikanisierung unterbrach, die nach rückwärts strebenden Elemente ermutigte, die republikanisch Gefinnten entmutigte und ihre Werkkraft lähmte. Freund Dittmann, der in Leipzig eine ganze Philippika gegen die Koalitionspolitik der Mehrheitssozialisten vom Stapel ließ und sie für alle möglichen Reaktionserscheinungen, die sich in Deutschland eingestellt haben, verantwortlich machte, scheint den Umstand ganz außer Betracht gelassen zu haben, daß es gerade das Probejahr des Draußenbleibens der Mehrheitssozialisten aus der Koalition war, von dem dieser verhängnisvolle Umschwung datiert, dessen üble Wirkungen wiedergutzumachen keine sehr leichte und vor allem keine sehr schnell vor sich gehende Sache ist.

Bergegenwärtigt man sich dies, so wird man zu einer anderen Einschätzung der Koalitionsfrage kommen, als sie

aus den in Leipzig gehaltenen Reden und dem dort beschlossenen Manifest spricht. Es wäre sehr unzutreffend, dem Kabinett Fehrenbach-Simons antirepublikanische Tendenzen nachzusagen. Seinen Absichten lagen Reaktionsbestrebungen durchaus fern. Aber man tut ihm kein Unrecht, wenn man feststellt, daß es nichts Ernsthaftes getan hat, den oben gekennzeichneten Reaktionsströmungen entgegenzuwirken. Und das wird bei allen sozialistischen Regierungen Deutschlands der Fall sein. Von unseren bürgerlichen Parteien ist keine mit ganzer Seele republikanisch gesinnt, hat keine die Republik gewollt. Zentrum und Demokraten haben sie als die nach Lage der Dinge für Deutschland notwendige Regierungsform anerkannt und sind insofern wenigstens mit Bezug auf sie zuverlässig. Bei der Deutschen Volkspartei ist aber auch das nicht einmal der Fall. Ein erheblicher Teil ihrer Mitglieder bekennt sich zur Republik nur „auf Ziel“ und würde morgen zur Monarchie überlaufen, wenn diese möglich wäre. Nun ist jedoch eine sozialistische Regierung ohne Einbeziehung der Parteipartei in Deutschland undenkbar. Wer sie will, muß sich dessen bewußt sein, daß er die Volkspartei wieder an die Regierung bringen wird, und zwar ohne das Gegengewicht einer der Republik mit Leib und Seele ergebenen Partei.

Wollen die Unabhängigen das? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Sie wollen es nicht. Und weil sie es nicht wollen, können sie vernünftigerweise auch nicht wollen, daß unsere Partei aus der Regierungskoalition austritt. Sie können es um so weniger wollen, weil sie wiederholt es für notwendig erklärt haben, daß das Kabinett Wirth erhalten bleibt und sehr genau wissen, daß mit dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Koalition das Kabinett Wirth in die Luft fliegen würde. So sind sie in der widersprüchlichsten Lage, etwas zu wollen oder wenigstens zu wünschen, was sie nach ihrer jetztlich verkündeten Doktrin verdammen müssen, nämlich das Verharren der Mehrheitssozialdemokraten in der Koalition.

Es ist nicht der einzige Widerspruch in ihrer Politik. Auf Schritt und Tritt zeigt ihr praktisches Verhalten, bei dem sie ihrer politischen Einsicht folgen, im Widerspruch mit ihren in der Agitation für maßgebend erklärten Vorschriften des Klassenkampfes. In der großen Frage aber, die für die Befestigung und Weiterentwicklung der Republik in Deutschland entscheidend ist, da opern sie für sich die Einsicht in die politischen Notwendigkeiten dem überlieferten Schlagwort auf. Sie begreifen, daß es ohne Koalition nicht geht, überlassen aber die Umsetzung in die Tat der verfeierten Mehrheitssozialdemokratie nach dem berühmten Ausspruch: „Hannemann, geh du voran, du hast die großen Stiefel an.“

Mag es sein. Unsere Partei hat die Notwendigkeit der Koalitionspolitik erkannt und wird an ihr festhalten, solange es unter verständigen Bedingungen möglich ist. Sie erklärt ihre politischen Mission darin, die Partei der deutschen Republik zu sein. Dazu gehört ja nicht bloß, daß man erklärt, für sie im Notfall das Aeußerste aufzusetzen zu wollen. Es heißt, daß man ihr die Mittel zum Bekern bewilligt, ihr die Möglichkeiten der Entwicklung lehrt. Es erfordert von uns große Opfer, es erfordert die Uebernahme von Verantwortungen, die einer Partei wie die Sozialdemokratie ihrer ganzen Natur gemäß ganz besonders schwer fallen, und legt uns allen möglichen Angriffen aus. Aber die Partei hat die Pflicht, diese Opfer zu bringen.

Denn es handelt sich im Wirten für die Republik um mehr als bloß die Erhaltung einer Regierungsform. Als das konnte und wollte die Frage der Republik unter Verhältnissen erscheinen, die heute für Deutschland nicht bestehen. Heute umschließt die Form einen sehr realen Inhalt. Mit ihr würde mehr fallen, als bloß ein Symbol. Hinter ihren Fingern lauert die Reaktion auf allen Gebieten des sozialen Lebens. Sie arbeiten restlos und mit Nietenmitteln am Werk der Zerstörung, und ihr Spiel ist gewonnen, wenn es gelingt, die Masse des Volkes auch nur zur Gleichgültigkeit gegenüber der Republik zu bewegen.

Das fühlen die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit, und darum geben sie der Partei ihre Stimme, die um des Wirtens für die Republik willen auf die Annäherlichkeiten verzichtet, welche das Verharren in der Opposition darbietet, bleibt die Fraktion des deutschen Sozialismus, welche sich allen Anfeindungen und Anknüpfungen aussetzt, die mit der Uebernahme großer Verantwortungen verbunden sind, trotz alledem die Mehrheitssozialdemokratie.

## Die Steuerfrage.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt, wie schon gemeldet, heute nachmittag um 4 Uhr zusammen, um zu den dringenden Fragen der Steuerpolitik Stellung zu nehmen. Sie wird eine schwierige verwickelte Situation vorfinden, denn die Nachricht bürgerlicher Blätter, zwischen Zentrum und Sozialdemokratie sei bereits eine feste Vereinbarung getroffen, die nur noch des Segens der Fraktionen bedürfe, wird durch die ständige Wiederholung nicht richtig. Das muß offen ausgesprochen werden, obwohl die neueste Meldung der volksparteilichen „Zeit“, das Kompromiß sei bereits fertig, offenbar nur aus dem Bedürfnis hervorgehoben ist, zu erfahren, wie es in Wirklichkeit steht.

Die Sozialdemokratie hat von Anfang an der Gedanken vertreten, daß zwar neue Verbrauchssteuern schon des äußeren Zwanges wegen nicht zu umgehen seien, daß es aber auch notwendig sei, den Besitz in ganz anderem Maße, als das bisher geschah, zur Tragung der Gesamtkosten mit heranzuziehen, wobei insbesondere die in Händen der alten und der neuen Reichsbevölkerung Sachwerte ins Auge gefaßt zu werden verdienen. Diesem Gedanken werden sich die bürgerlichen Parteien auf die Dauer doch nicht entziehen können, und zweitens werden diejenigen am nächsten handeln, die ihm rechtzeitig ausreichende Zugeständnisse zu machen bereit sind.

Ob aber solche Zugeständnisse zu erwarten sind, die es der Sozialdemokratie ermöglichen, das Steuerwert in Gemeinshaft mit einem Teil der bürgerlichen Parteien zu vollenden, steht in diesem Augenblick durchaus noch nicht fest. Sicher ist nur, daß der Mangel solcher Bereitwilligkeit Deutschland mit einer schweren innerpolitischen Krise bedrohen würde.

Die Sozialdemokratie steht prinzipiell auf einem ausgeprägten Kampfboden, sie tritt für eine Forderung ein, die ausschließlich bei der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes Billigung findet. Letztlich wird ihre Stellung durch den

Umstand erschwert, daß sich die gemeinsame Front der beiden sozialdemokratischen Fraktionen nicht auf das ganze Steuerproblem erstreckt, sondern nur auf den Teil, der die Besitzbesteuerung betrifft. Die sozialdemokratische Mitarbeit auch an den Verbrauchssteuern ist aber unvermeidlich, wenn die Steuerreform nicht von vornherein zu einer Aufgabe allein der bürgerlichen Parteien gehemmt werden soll.

Zu einer solchen Mitarbeit ist die Sozialdemokratische Partei unter bestimmten Voraussetzungen bereit. Und diesen sollen sich die auf dem Boden der Republik stehenden bürgerlichen Parteien nicht zu entziehen suchen; denn dadurch würden sie sich vor dem deutschen Volk mit einer schweren Verantwortung befehlen. Die Sozialdemokratische Partei wird, zumal angesichts der gespannten äußeren Lage, nicht bedenkenlos in innere Krisen hineinsteuern, aber sie kann ihre Politik nicht ausschließlich von dem Wunsch, solche Krisen zu vermeiden, bestimmen lassen.

Die bürgerlichen Parteien müßten eigentlich einsehen, daß die Annahme der Steuerreform ohne Berücksichtigung der sozialdemokratischen Forderungen im besten Fall eine Vertagung des Kampfes, nicht aber seinen Abschluß bedeutet. Vertagung heißt in diesem Falle auch Verschärfung. Denn Forderungen solcher Art lassen sich durch ein einmaliges Parlamentsvotum nicht abwürgen, sie kehren immer wieder, und mit jedemmal die Stellung ihrer Gegner ungünstiger. Darum empfiehlt es sich für die bürgerlichen Parteien in noch höherem Maße als für uns, eine politische Lösung zu suchen, die eine Verständigung möglich macht.

## Rücktritt des Kabinetts Tafe Jonesku.

Bukarest, 19. Januar.

Die rumänische Kammer hat mit 190 von 281 Stimmen, also mit zwei Dritteln Mehrheit das Vertrauen für das Kabinett Tafe Jonesku verweigert. Tafe Jonesku hat den Rücktritt der Regierung angemeldet. Als aussichtsreichster Kandidat gilt Bratiano, der die Ermächtigung zur Auflösung der Kammer und zu Neuwahlen erhalten soll. Nach einer zweiten Vertagung werden Tafe Jonesku zusammen mit den Siebenbürgener Führern Manin und Jorga das neue Kabinett bilden, wenn er vom König die Ermächtigung erhält, Neuwahlen zu veranlassen.

## Der Dollar steigt.

Berlin, 18. Januar.

Die Aufwärtsbewegung der Devisenkurse setzte sich am Mittwoch fort. Dollarknoten erreichten in Berlin zeitweise einen Kurs von 192-194. Ähnlich notierten Kabel New York 189,25, London 800, Holland 6920. Die Spekulation weist darauf hin, daß die Reichsreparationsbedürftigkeit ist, monatlich für 93 Millionen Goldmark Reparationsbedürftig zu belassen. In Anbetracht der Passivität unserer Zahlungsbilanz müssen demnach monatlich ungefähr für 4 Milliarden Papiermark ausländische Zahlungsmittel eingekauft werden.

## Arbeiterkammer in Sachsen.

SPD, Berlin, 18. Januar.

Den Arbeitnehmerverbänden im Freistaat Sachsen ist der Referententwurf eines Gesetzes über eine Arbeiterkammer in Sachsen zur Begünstigung zugeleitet worden. Der Entwurf nimmt in Aussicht, für den Freistaat Sachsen eine Arbeiterkammer mit dem Sitz Dresden zu errichten, die dem Arbeitsministerium unterliegen und Rechtsfähigkeit besitzen soll. Die Kammer soll auf alles, was den Arbeitnehmern wirtschaftlich oder kulturell dienlich sein kann, ihr Augenmerk richten, darüber beraten und dem Arbeitsministerium gutachtlich berichten. Ferner soll sie die ihr zur Förderung ihrer Aufgaben angemessenen erwerblichen Maßnahmen bei den zuständigen Behörden beantragen können. Die Zahl der Mitglieder soll 280 betragen. Sie sollen von dem im Freistaat Sachsen vereinsmäßig organisierten Vereinigungen von Arbeitern und Angestellten nach dem Verhältnis der Zahl ihrer Mitglieder auf drei Jahre ernannt werden. Die Organisation, die die Vertreter wählen, sollen auch in der Hauptbede die aus der Errichtung und Tätigkeit der Kammer entstehenden Kosten nach dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl tragen. Es handelt sich vorerst noch um einen vorläufigen Referententwurf, der aber vorfristig bald den sächsischen Landtag beschäftigen wird.

## Sitzung des Verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten.

Hannover, 19. Januar.

Der Verband deutscher Landesversicherungsanstalten hielt in Hannover eine Sitzung ab, in der über die Verwendung der zu erwartenden Ueberträge der Versicherungsanstalten nachmalig Bescheid gefaßt wurde. Die Versammlung erklärte sich in Uebereinstimmung mit den vorher mit dem Reichsarbeitsminister gepflogenen Verhandlungen damit einverstanden, daß die Landesversicherungsanstalten zunächst für die Jahre 1921, 1922 und 1923 Bankkostenbeiträge zur Verfügung stellen. Die Beiträge sollen den Ländern darlehensweise gegen Staatsbürgschaftsüberweisung und in den Bezirken verwendet werden, in denen sie entnommen wurden. Für die Rückzahlung der Darlehen sollen in erster Linie die Erträge der neuen Mietssteuer verwendet werden.

## Transportarbeiterstreik in Effen.

Effen, 19. Januar.

In dem seit Donnerstag voriger Woche bestehenden Transportarbeiterstreik in Effen, wähehendem Duisburg, Dortmund und Oberhausen sind die Ansichten zur Beilegung der Differenzen sehr gering. Allgemein werden 600 Mark Wochenlohn gefordert, während die Forderung eine besondere Zulage von 45 Mark je Woche beantragt. Dazu kommen beim Eisenhandel für Auf- und Abbladen außerdem Zuschläge von 5 Prozent. Auf den Darinunter Verhandlungen, an denen auch der Arbeitsminister teilnahm, ist, wie die Rhein-Westf. „Ztg.“ meldet, eine Einigung nicht erzielt worden, weil die Arbeiter von ihren Forderungen nicht ablassen und die Arbeitgeber so weitgehende Ansprüche nicht abgeben erfüllen zu können. Besondere Störungen und Schwierigkeiten sind bisher durch diesen Streik nicht zu verzeichnen gewesen. Seitens des Handelsverbandes trägt man sich mit der Aussicht, den Streikenden zu unterstützen, falls die Arbeiter bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht wieder zur Arbeit zurückkehren.

## Der bayerische Berentessel.

(Von unserem Münchener Korrespondenten.)

München, 18. Januar.

Nachdem es der weichen und gewandten Hand des Grafen Lerchensfeld gelungen war, den durch Raht und Konfuzen gründlich komponierten Staatskaren durch das Labrynth von Hindernissen ohne größeren Krach und Rabau hindurchzulenken, rührten sich die durch Pöhner und Roth gezüchteten rechtshofschweifigen Sprengtrüppchen nach einem Vierteljahr der Erschöpfung und unfeiwilligen Muße von neuem. Diese beunruhigenden Anzeichen konnten aber nur an die Öffentlichkeit gelangen, weil die herrschende Regierungspartei, die bayrische Volkspartei mit ihrer Neujahrsfanfare alle diese unruhigen Elemente wieder an die Oberfläche gelockt hatte.

Einer dieser „Neujahrs-Programmpunkte“, der „Staatspräsident“ gibt jetzt bereits Veranlassung zu ernstlichen Konflikten innerhalb der Regierungskoalition. Die Demokraten wollen nicht mehr mitmachen, und das führende Organ der bayrischen Volkspartei schreibt bereits, daß es keine weitere Möglichkeit eines gedeihlichen Zusammenarbeitens sehe. Die Folge davon wird natürlich die Verschiebung der Koalition nach rechts. Wiedereintritt der Deutschnationalen in die Regierung und Sammlung aller inner- und außerpolitischen Sprengbasillen hinter dem breiten Rufel des Rührstücken bayrischen Regierungsapparates sein. Die Wirkungen zeigen sich bereits auf dem Gebiet der Justiz und Polizei: Der bayrische Richterverein wagt es in einem offenen Rundschreiben, sein Mißfallen über Lerchensfeld und Kadbruch öffentlich festzustellen und die Ersetzung Kadbruchs durch eine geeignete Persönlichkeit zu verlangen. Die Hege gegen den Genossen Kadbruch nimmt übrigens geradezu groteske Formen an. Die Unterschrift Kadbruchs unter das Rundschreiben betr. Aufhebung des §. 175 gibt hierzu Anlaß. Mit welcher Objektivität die völlig sachlichen Erklärungen Kadbruchs über Niederschönensfeld in dieser Atmosphäre der Ignoranz und Enghirzigkeit aufgenommen werden, beweist folgende Münchener Pressenotiz:

„Der Anschlag auf die bayrische Justizhoheit ist demnach noch keineswegs als endgültig abgewehrt zu betrachten. Herr Kadbruch möchte schon, wenn er könnte, bayrischerseits wird man daher gut tun, hier auch fürderhin die Augen offen und die Ohren steif zu halten.“

Der wiedererlebende „Schneid“ der Münchener Postzeit aber wird äußerlich dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Polizeiorgane in den letzten Tagen unter Nichtachtung des Artikels 115 der Reichsverfassung in Privatwohnungen eindringen — meist in den frühen Morgenstunden — um dort unter dem Vorwand einer Wohnungskontrolle ihre politischen Zwecke zu verfolgen. Es geht bei allem Verständnis für die wichtigen Aufgaben der Polizei doch nicht an, die bei Verbrecherpeinungen übliche Razzia-Methoden ohne weiteres auf die Befehlshaber friedlicher Bürger übertragen. — Aber wir sind ja in Bayern! Mittelalterliche Polizeijagd und Napoleonische Spitzelmethoden ist man hier so gewohnt, daß der fromme Bürger, ebenso wie er im Sommer seinen Buckel zur Bearbeitung durch die Pöhnerschen Gummimittel hinhält, mit derselben Geduld den Wächter des Gesetzes bei nachtschlafender Zeit in sein ehemaliges Schlafgemach hineinkomplimentiert. Der Prozeß über den „verkauften Miesbacher“ hat ja auch zutage gefördert, daß Pöhners Schüler und Nachfolger die Töchter unseres Genossen Hoffmann in einer Form inquirierten, die jedem mittelalterlichen Hexenquistor alle Ehre gemacht hätten. Dazu wurden die unbescholtenen Mädchen mit einer hypokritischen Inhaftierten zusammen die ganze Nacht in einem Raum festgehalten.

Die Nichtachtung der Staatsbürgerrechte durch die Behörden zeitigt natürlich Auffassungen über den Verkehr innerhalb dieses sonderbaren Staatsgebildes, daß man sich nicht wundern muß, daß auch im Wirtschaftsleben derartige Methoden einzeln. So hat der Arbeitgeberverband der bayerischen Provinoxmetallindustrie sich in aller Seelenruhe unehrliche Provokation der bayrischen Metallarbeiter geleistet. Diese Herren lassen die Arbeitnehmer ruhig zu einer Besprechung über Tariffragen nach München kommen und erscheinern dann überhaupt nicht. Sie lassen den Arbeitern durch ihren Syndikus mitteilen, sie seien sich schon schuldig geworden, jede Lohnerhöhung abzulehnen.

Es wird Zeit, daß die bayrische Regierung durch einige energische Handgriffe den Sturm beschwört!

## Das Einkommen der Großagrarien.

SPD, Berlin, 17. Januar.

Für die Veranlagung der Reichseinkommensteuer wird bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten jede Mark versteuert, indem der volle verdiente Lohn oder das volle Gehalt, abgesehen von den gesetzlich zulässigen Abzügen, durch den zehnpromzentigen Lohnabzug zur Steuer herangezogen wird. Bei den selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden wird als Einkommen ein Betrag vom Jahresumsatz in Höhe von 10-15 Prozent berechnet. Der Handwerker und Gewerbetreibende ist durch diese Art der Einkommenfeststellung gegenüber dem Lohn- und Gehaltsempfänger im Vorteil. Noch viel größer sind aber die Einkommens- und Steuererleichterungen, die der Landwirt genießt, und zwar um so mehr, je größer die von ihm bewirtschaftete Fläche ist. Wie wir ersahen, hat der Kreiswirtschaftsverband Lauban in Niederschlesien im Einkommen mit dem Finanzamt Lauban unter Leitung des Regierungsrates v. Winda, Einkommenssätze pro Morgen Grund und Boden aufgestellt, gestaffelt nach der Morgenzahl der Wirtschaften und Landgüter. Es soll sich auf Grund dieser Aufstellung berechnen werden von der Wirtschaft bis 20 Morgen 375-450 Mk. Einkommen pro Morgen, bis 50 Morgen 300-375 Mk. Einkommen pro Morgen, bis 100 Morgen 225-300 Mk. Einkommen pro Morgen, bis 200 Morgen 150-225 Mk. Einkommen pro Morgen, bis 400 Morgen 100-150 Mk. Einkommen pro Morgen, bis 1000 Morgen und mehr 50-100 Mk. Einkommen pro Morgen. So schätzen die Agrarier den Ertrag ihres Landes ein, wenn es gilt, Steuern zu zahlen. Der kleine Wirtschaftsbefitzer kann bluten, steden Morgen Land seiner Scholle soll er mit 375-450 Mk. oder mit 300-375 Mk. Einkommen angerechnet bekommen und versteuern, während der Großagrarien mit 1000 und mehr Morgen Land nur 50-100 Mk. Einkommen aus jedem Morgen Land versteuern soll. Der Großagrarien dichtet sich also einen vier- bis bis secheneinhalbmal niedrigeren Ertrag an, als er für den kleinen Landwirt berechnet wird. Beim Siedlungsgehe war es anders; da wurde von den Großagrariern faktisch nachzuweisen versucht, daß nur die Großgrundwirtschaft ertragfähig wirtschaftet. Durch diese Begründung sollte möglichst verhindert

wenden, Land an den Kleinbesitz abzugeben. Durch die Kritik eines Parteigenossen in einer Kreissteueraussschussung für den Steuerbezirk Seidenberg, Kreis Lauban, wurde erreicht, daß sich die Mehrheit entschied, für ein Einkommen bei Wirtschaften mit 200 Morgen und mehr auf 150 Mk. pro Morgen in Zone 1 und auf 130 Mk. pro Morgen in Zone 3 zu bemessen. Damit wurde die große Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Landwirten wenigstens etwas beseitigt.

Die kleinen und mittleren Landwirte können aus den vorstehenden Tatsachen ersehen, wie der Großgrundbesitz um sie „besorgt“ ist und versteht, sich von den steuerlichen Lasten zu drücken und sie auf die kleinen Wirtschaftsbesitzer abzuwälzen.

## Der einzige aber schwere Weg.

Mit wirklich eindrucksvoller Geschlossenheit bekennt sich das Zentrum zu Wirth und seiner Politik. Man darf es diesen schlaun Taktikern zutrauen, daß sie selbst die Gerüchte in Umlauf gesetzt haben, monach der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Oberlandesgerichtsrat Marks, nach rechts neige und deshalb nicht vorbehaltlos als Erfüllungspolitiker anzusehen sei. Um so wichtiger wirkte sein rückhaltloses Bekenntnis zum Kanzler. Man mag ein gut Stück demonstrativer Absicht und Parteitagzweckmäßigkeit abziehen. Das Zentrum wird der Wirthschen Politik kaum Schwierigkeiten bereiten. Täuschen nicht alle Anzeichen, dann hat Wirth außenpolitisch — in Deutschland — auf der ganzen Linie gesiegt. Es ist unendlich lange her, seit aus der Volkspartei die letzte Stimme erklang, man wolle zwar in die Reichsregierung eintreten, aber nicht in ein Kabinett Wirth. Auch die Volkspartei dürfte heute von Wirths Unentbehrlichkeit gerade für die Außenpolitik der nächsten Monate überzeugt sein.

Wir müssen also den Weg der Erfüllungspolitik gehen, weil es keinen anderen gibt. Deutschnationale und kommunistische Irrlehren über Revanchekrieg und Weltrevolution sind ja kein Weg, sondern ein sofortiger Sturz in den Abgrund. Der Ausklang der Konferenz von Cannes und die offizielle Einladung nach Genua sind die unleugbaren Erfolge der Erfüllungspolitik. Unsere Erklärung der Zahlungsunfähigkeit ist nicht mit Einmarsch und Sanktionen, sondern mit vernünftigen Beratungen erwidert worden und — trotz Poincaré — mit einer kleinen Stundung. Der Erfolg ist also da; aber es wäre ein schweres innerpolitisches Unglück, wenn das deutsche Volk sich den richtigen Weg leicht statt bitter schwer und noch immer äußerst gefährlich vorstellen würde.

Die Rede Rathenaus in Cannes gibt klare Fingerzeige in die Schwierigkeiten der nächsten Zukunft. Die Finanzentscheidungen in den nächsten Tagen geben diesen Sorgen große Aktualität.

Wir haben hinter uns die Periode der skrupellosen Axtung und Erpressung durch Gewalt. Mit vorgehaltenem Revolver zwang man Deutschland zu zahlen. Die Folge war der katastrophale Sturz der deutschen Mark, die fortwährende Entwertung des vereinbarten Lohnes, die ständig wachsende Teuerung, das riesig anschwellende Defizit im Reichshaushalt. So vom innerdeutschen Standpunkt aus gesehen. Weltpolitisch bedeutete diese Methode den Zwang Deutschlands zur Schleiuder- und Schmuckkonkurrenz auf dem Weltmarkt, der allen anderen Industriestaaten höchst unbequem wurde. England sah zuerst ein, daß auf diese Weise Deutschland ruiniert werde, aber noch in der lang ausgehnten Periode seines Unterganges dem Weltmarkt und der englischen Wirtschaft schwere Wunden schlagen würde.

Lloyd George ergriff deshalb die Initiative, diese deutsche Schmuks- und Schleiuderkonkurrenz zu beseitigen. Die inneren Liebesgabenzuschüsse, Baukostenzuschüsse, Eisenbahnzuschüsse usw. sollen fortfallen. Das bedeutet gewaltige Preissteigerungen. Schon steigt die Erhöhung des Brotpreises um 75 Prozent fest, und die Miete soll nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats auf über das Dreifache der Friedens-

miete erhöht werden. Beides nur ein Anfang. Die Verteuerung des Portos, der Frachten, des Brotes und der Wohnungen muß gemäß den Forderungen der Entente, die wir zu erfüllen haben weitergehen. Für Arbeiter, Angestellte und Beamte wird es überaus schwierig sein, völligen Ausgleich für diese Verteuerung der Lebenshaltung zu erlangen. Aber auch in dem Fall, daß ihr Realeinkommen weiter herabgedrückt wird, bedeutet diese Bewegung eine erhebliche Verteuerung der deutschen Produktion und damit das Aufhören des leichten widerstandslosen gewinnreichen Exports, die Gefahr der Abkühlung und industriellen Krise.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung soll der deutsche Etat in Ordnung gebracht werden. Die Entscheidung im einzelnen mag noch nicht feststehen; eine wesentliche Herausforderung der direkten und indirekten Steuern ist gewiß. Auch das bedeutet wiederum einen gefährlichen Angriff auf den ohnedies gedrückten Lebensstandard der deutschen Volksmassen.

Inbessn ließe sich vielleicht die schwierige Gefundungsfrage glücklich durchführen, wenn man Deutschland nur auftrüge, seine inneren Nöte zu überwinden. Aber Deutschland soll obendrein noch weitere Reparationen zahlen. 720 Millionen in Gold und 2 Milliarden in Waren. Diese Zahlungen müssen zusammen mit der Verteuerung der Lebenshaltung unter Erhöhung des Exports, d. h. des Hereinkommens fremder Devisen, trotz aller Mühen die deutsche Währung weiter herabzubrüden.

Auch unter dem neuen, jetzt in Aussicht genommenen System muß — so scheint es — die Mark allmählich weiter sinken, und damit entsteht ein neues Defizit bei den Betriebsverwaltungen, ein neuer Fehlbetrag im Etat. Die Siegermächte werden sich bald, soweit sie überhaupt vernünftiger Einsicht zugänglich sind, überzeugen, daß mit dem bisherigen Nachlaß Deutschland nicht geholfen ist, und daß an Deutschlands zunehmende Wirtschaftsschwäche auch die Weltwirtschaft krankt.

Es läßt sich heute nicht abmessen, wie lange diese zweite peinvolle Periode der Reparationspolitik dauern wird. Aber wir müssen erfüllen und auf den Sieg der Vernunft hoffen. Endlich muß sich doch die Einsicht Bahn brechen, daß die Siegermächte um ihres eigenen Interesses willen die deutsche Last so vermindern müssen, daß wir eine große internationale Anleihe bekommen können. Diese internationale Anleihe muß uns dann eine Atempause von einem paar Jahren verschaffen, die wir zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft bis zur vollen Vorkriegshöhe und darüber hinaus ausnutzen müssen. Dann werden wir wirklich zahlungsfähig, und dann muß die Erfüllungspolitik einsinken, die nicht mehr bloß eine Bekundung des guten Willens, sondern der wirklichen Leistungsfähigkeit sein wird.

Auch dann, wenn wir in das dritte Stadium der Erfüllungspolitik gelangen, wird das Schicksal, Bürger des besiegten Deutschlands zu sein, noch immer etwas ganz anderes sein als Zunderleiden. Wahrscheinlich ist noch mindestens die nächste Generation deutscher zu einer Lebenshaltung verurteilt, die weit hinter der der Siegermächte zurückbleiben wird. Darüber zu klagen wäre zwecklos und mindestens seitens derer auch unberechtigt, die auf der einen Seite gelehrt haben, der Proletariat habe bei der deutschen Niederlage nichts zu verlieren, und die auf der anderen Seite mit ihrer Ludendorfferei das Schicksal der Niederlage über das deutsche Volk gebracht haben.

Aber freilich gerade diese Expremissen von rechts und links schreien jetzt am lautesten über die von ihnen herbeigeführte und jetzt doch nicht mehr zu vermeidende Not und Verelendung. Ihrer Demagogie gegenüber muß sich das deutsche Volk darüber klar werden, daß die Folgen der Niederlage eben fürchterlich sind. Sie haben das deutsche Volk mit völliger Vernichtung und Versklavung bedroht, und noch sind die Gefahren nicht abgewendet. Aber ein einziger schmaler gefährlicher und außerordentlich mühsamer Weg kann vielleicht zur Rettung führen. Diesen Weg hat die Erfüllungspolitik eingeschlagen, und das deutsche Volk darf nicht ungeduldig werden, wenn neue Schwierigkeiten sich türmen und das Ziel erst noch in weiter Ferne liegt.

fer 2, die den Betriebsverwaltungen des Reiches eine Sondersteuerung sichern sollte, wurde gestrichen. Die so abgeänderte Vorlage wurde mit großer Mehrheit gutgeheißen.

Der Ausschuß nahm bekanntlich den Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mietminderungsämter in der Fassung des Arbeitsausschusses mit allen gegen eine Stimme eines Arbeitgebers der Landwirtschaft an.

## Englands Außenhandelsfragen.

Der Krieg und der Frieden haben in Europa den Grund zu einer Erschütterung und Störung der gesamten Wirtschaftsverhältnisse gelegt. Rußland mit seinen 150 Millionen Einwohnern und seinen ungeheuren Bodenschätzen ist als Käufer und Rohstofflieferant des westlichen Europa ausgefallen, und Deutschland, der anerkanntermaßen stärkste Faktor für die europäische Wirtschaft, ist an Händen und Füßen gebunden. Dazu kam die willkürliche Zerreißung Zentral- und Osteuropas in allerhand selbständige politische und Wirtschaftsgebiete, die neben den zerrissenen Fäden auch unendlich viel Verwirrungen in den sonst einigermaßen intakt gebliebenen Fäden anzichtete. Heute ist ganz Europa bis auf ganz wenige wirtschaftlich bedeutungslose Staaten ein ungeheures Zuschußgebiet geworden. Alle am Kriege beteiligt gewesenen Länder Europas und fast alle neutralen Staaten haben in ihrer Außenhandelsbilanz ein gefährliches Loch bekommen. Die Einfuhr übersteigt überall die Ausfuhr sowohl der Menge wie namentlich dem Werte nach. Das heißt, die Verschuldung aller dieser Staaten im Wege des Außenhandels nimmt zu. Das kann nicht unendlich so weitergehen. Der Bankrott Europas rückt immer näher.

Heute liegen Ziffern über die englische Handelsbilanz in den letzten Jahren, verglichen mit 1913, vor. (Die Zahlen bedeuten Pfund Sterling.) Danach ergibt sich folgendes Bild:

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- Ueberschuß
1913	788,7	634,8	133,9
1919	1626,2	963,4	82,0
1920	1937,0	1558,0	379,0
1921	1086,0	703,0	383,0

Im Jahre 1919 war der Einfuhrüberschuß am größten. Während der Kriegsjahre selbst ist aus leicht erklärlichen Gründen ein außerordentlich großer Einfuhrüberschuß zu verzeichnen gewesen. Das geht schon daraus hervor, daß England im Laufe der Kriegszeit allein bei den Vereinigten Staaten von Amerika Schulden im Gesamtbetrage von rund 7 Milliarden Dollar gemacht hat. Auch im Jahre 1919 gab es in England noch vieles aufzufüllen, und die heimische Wirtschaft hat infolge der notwendigen Umstellungen von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft nur in beschränktem Maße Gegenwerte leisten können. Im Jahre 1921 war gegenüber dem Vorjahre wieder eine Steigerung des Einfuhrüberschusses eingetreten. Natürlich ist es nicht möglich, bei den schwankenden Preisen darzustellen, welche Gewichtsmengen in Frage gekommen sind.

Vor dem Kriege bezog Deutschland aus England jährlich für etwa 60,5 Millionen Pfund Sterling, d. h. 9,5 v. H. der englischen Gesamtausfuhr. 1919 waren es nur 2,4 v. H., 1920 3,3 v. H. und in den ersten 9 Monaten 1921 waren es erst 5 v. H. geworden. Immerhin kann Deutschland von England heute erst die Hälfte der Waren kaufen, die es vor dem Kriege von dort bezogen hat. Die Ausfuhr nach Rußland durch England ist trotz des nun zustande gekommenen englisch-russischen Handelsabkommens nach wie vor gleich Null. Aus den oben angeführten Ziffern wird für Jedermann deutlich, daß die Arbeitslosigkeit in England, die sich zurzeit auf beinahe 2½ Millionen Arbeiter erstreckt, mit der Erschütterung des englischen Außenhandels aufs engste zusammenhängt.

Die europäischen Staaten hängen alle an einem Strick. Zu unterst und schon auf dem Boden des Abgrundes Rußland, darüber der Reihe nach Polen, Desterreich, Deutschland, Italien, Frankreich, England usw. Wenn die Vernunft nicht bald einsetzt, dann rutschen sie alle miteinander nach und nach in die Verelendung hinein.

## Weiteres Anziehen der Butterpreise.

Hamburg, 18. Januar.

Bei der heutigen 44. Auktion der Meierei-Verbände vom Schleswig-Holstein machte sich infolge der noch immer knappen Zufluten und der starken Nachfrage ein weiteres Steigen der Butterpreise bemerkbar. Es wurden bezahlt 45,15—46,60 Mk. das Pfund gegen 44,50—45 Mk. in der vorigen Woche. Zu diesen Preisen kommt noch ein Ravelingegeld von 1%. Der Ladenpreis für altertante Meiereibutter ist auf 62 Mk. für das Pfund festgelegt.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 18. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	18. Jan.	17. Jan.	
Amsterdam	160 fl.	6913,05	6848,15
Brüssel (Antwerpen)	100 frs.	1478,50	1454,50
Kristiania	100 Kr.	2967 —	2897,10
Kopenhagen	100 Kr.	9786,20	8716,25
Stockholm	100 Kr.	4715,25	4620,35
Helsingfors	100 finn. Mk.	343,65	344,65
Rom	100 Lire	824,15	814,15
London	1 £	799,20	787,70
New York	1 Doll.	189,06	188,06
Paris	100 frs.	1540,95	1525,95
Zürich	100 frs.	3671,30	3621,35
Madrid	100 Pesetas	2822,15	2797,20
Wien	100 K.	5,93	6,08
Budapest	100 K.	23,87	27,87
Prag	100 K.	316,65	311,40

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Verkaufsort	Fahrtzeit
Angekommen am 18. Januar.					
E.	Herza	Lütgens	Quab		20

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Neuluxton Hermann Sauer; für Partei und Gemeinwesen August Schulz; für Interaktion Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Wegner & Co., sämtlich in Lübeck.

# Volkswirtschaft.

## Steigende Pachtzinsen.

Infolge der Geldentwertung ist man schon auf verschiedenen Gebieten dazu übergegangen, Pachtverträge nicht mehr in Mark, sondern nach gewissen Naturalwerten abzuschließen. In der Landwirtschaft wird neuerdings gewöhnlich eine bestimmte Menge verschiedener Fruchtorten oder ihr Wert als Pachtzins berechnet. Eine eigenartige Regelung trifft nun der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zur Einführung eines steigenden Pachtzinses für staats eigene Fischereien. Ein ähnliches Verfahren wird bereits bei Verpachtung von Domänen angewandt.

Der als Pachtzins gebotene Geldbetrag ist hiernach nur für das erste Pachtjahr zu entrichten, für das zweite und jedes spätere Jahr wird der Pachtbetrag in der Weise ermittelt, daß zunächst festgestellt wird, wieviel der Berliner Durchschnittsmarktpreis für eine vertragsmäßig zu bestimmende Art frischer Fische in Eispackung für jedes der beiden letzten vor dem betreffenden Pachtjahre liegenden Kalenderjahre betragen hat und dann die gebotene Geldpacht nach dem Verhältnis der beiden Jahresdurchschnittsmarktpreise zueinander erhöht oder ermäßigt wird. Die Nebenbedingungen der Pachtgewässer, wie die Gras-, Rohr-, Schilf- und Binsennutzung, die Jagdnutzung, das Recht zur Entnahme usw. sind grundsätzlich zusammen mit der Fischereinutzung an den Pächter zu verpachten; die Entschädigung dafür soll in der Regel im Fischereipachtzins mit abgegolten werden.

Das von dem Minister angeordnete Verfahren liegt wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, nicht nur im fiskalischen Interesse, sondern mehr noch im Interesse der Pachtbewerber, daß ihnen ermöglicht wird, leichter und mit größerer Sicherheit als bisher zu überschauen, welche Leistungen sie dem Verpächter gegenüber übernehmen und wieviel sie in ihren Geboten geben werden, ohne durch die Schwankungen des Geldwertes geschädigt zu werden.

## Reichswirtschaftsrat und Mietsteigerung.

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Siedlungs- und Wohnungswesen beschäftigt sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens. Der Entwurf soll dem Gesetz eine Form geben, die es ermöglicht, das Einkommen aus der Abgabe nicht nur zur Ver-

zierung und Tilgung von Anleihen wie bisher, sondern auch zur unmittelbaren Gewährung von Baukostenzuschüssen zu verwenden (§ 1), und dazu die Abgabe auf das Einkommen zu erhöhen. Die Beschreibung dieses Weges wurde vom Reichswirtschaftsrat schon am 27. Oktober 1921 in seinen Leitfäden zur Behebung der Wohnungsnot und auch später in einer Entschließung des Reichstages vom 19. November gefordert. In Ziffer 5 der Leitfäden des Reichswirtschaftsrates heißt es:

„Die für den Neubau von Wohnungen, für die Instandsetzung der vorhandenen Wohngebäude und für die Mietbeihilfe erforderlichen Geldmittel können nicht auf dem Wege einer einmaligen Kapitalbereitstellung, die eine sich auf lange Jahre erstreckende Verzinsung und Tilgung erfordern würde, sondern nur durch Deduktion des jährlichen Bedarfes mit Hilfe von prozentual nach der Friedensmiete bemessenen Abgaben (durch Ausbau des Wohnungsabgabengesetzes vom 26. Juni 1921) geschaffen werden. Dabei ist für eine angemessene Erhöhung der Löhne sowie Gehälter im Verhältnis zu der erforderlichen Mietsteigerung derart Sorge zu tragen, daß soziale Kämpfe vermieden werden.“

Um das in diesen Leitfäden aufgestellte Ziel zu erreichen, würde eine Erhöhung der Abgabe auf etwa 100 Prozent der Friedensmiete (bisher 10 Prozent) notwendig sein. Zur Begründung dessen, daß der Entwurf eine Erhöhung auf nur 50 Prozent (25 Prozent von der Gemeinde, 25 Prozent vom Land erhoben) vorzieht, führte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums aus, daß eine Steigerung der Mieten auch aus dem Reichsmietengesetz zur Deckung der erhöhten Aufwendung des Hausbesitzes für die Verwaltung und Unterhaltung der alten Gebäude, und zwar in etwa 100 Prozent der Friedensmiete, eine weitere durch die staatlichen und kommunalen Grundsteuern in etwa 50 Prozent der Friedensmiete zu erwarten ist. Die Erhöhung der Abgabe auf die eigentlich, nämlich zur direkten Bezahlungsleistung, erforderlichen 100 Prozent würde insgesamt eine Verteuerung um 250 Prozent der Friedensmiete ausmachen. Es erscheint der Regierung bei der großen allgemeinen Teuerung zurzeit bedenklich, der Bevölkerung eine derartige Mietsteigerung aufzuerlegen.

In der Erweiterung stellte sich die große Mehrheit des Ausschusses erneut auf den in den Leitfäden vertretenen Standpunkt und trat damit für eine Erhöhung der Abgabe auf 100 Prozent ein. Eine entsprechende Abänderung des Artikels 1 Ziffer 2 des Entwurfes wurde mit 14 gegen 8 Stimmen angenommen. Zif-

# Bockbier in Friedensstärke

Mit dem Ausstoß beginnen wir am Dienstag, dem 24. Januar.

**Aktien-Brauerei - Hansa-Brauerei A. G. - Vereinsbrauerei Walkmühle, H. Lück.**

(12042)



## LÜBECKER EDEL-METALLHAUS

M. REDNER & CO.  
BECKERGRUBE 18. FERNRUF 3422

Großhandel Filiale: Blefeld, Kaiserstraße 163. Kleinhandel

Achten Sie bitte auf die Hausnummer 18, I. Etg. Ungenierter Eingang. Vorsicht beim Verkauf, da die meist annoncierenden Konkurrenten keine Fachleute sind und dienen die meisten Inserate nur als Lockmittel für das Publikum.

**Wir zahlen streng reell und feste Preise** für nachfolgende Gegenstände aus: (12022)

<b>Gold</b> fein, per Gramm Mk. 125.-	<b>Silber</b> fein, per Gramm Mk. 3.30
<b>Gold</b> 750, per Gramm Mk. 87.-	<b>Silber</b> 800 gest., per Gramm Mk. 2.50
<b>Gold</b> 585, per Gramm Mk. 67.-	<b>Silber</b> ungest., per Gramm Mk. 2.30
<b>Gold</b> 588, per Gramm Mk. 37.50	<b>Gebisse</b> per Zahn bis Mk. 100.-
<b>Platin</b> 950, per Gramm Mk. 390.-	<b>Brillanten, Uhren.</b>

Double und Schmucksachen aller Art zum höchsten Tageskurs.

Wo verkaufen Sie am besten Ihr Kupfer, Messing, Blei, alles Eisen, Lumpen, Papier, Flaschen usw.? Bei **Törper, Schwanen Allee 26.** (12048) Telefon 1575.

## Weißer Engel.

Sonabend, den 21. Januar:  
**Dr. Extra-Familien-Ball** verbunden mit Kappensfest. Anfang 7 Uhr. (12057)

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Lübeck.

### Sitzung am Freitag,

d. 20. d. M., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Beschlussfassung über den Lageentwurf der G. m. b. H. Gewerkschaftshaus.  
2. Beratung des Lageentwurfs für das Jugend-Tatell.  
3. Beitragserhöhung. 4. Eingänge.  
Vollständiges Erscheinen aller Delegierten und Verbandsmitglieder der Gewerkschaften ist in Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung unbedingt erforderlich. (12070) Der Vorstand.

### Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung z. G. m. b. H. in Lübeck

### Außerordentliche Generalversammlung

am Montag, dem 30. Januar 1922, abends 7 Uhr im großen Saal der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tatkraften, Königsstr. 5.  
Z. O.: Ermächtigung des Vorstandes und des Aufsichtsrates zum Verkauf des Unternehmens, evtl. der dazu gehörigen Sachwerte.  
Nur Genossen haben Zutritt. Genosse ist, wer persönlich einen Genossenschaftsantrag beiliegend und sich darüber durch Mitgliedern ausweist. Das Mitbringen von Familienmitgliedern ist gestattet, unzulässig und verboten. (12061)  
Der Vorstand: Heise, Vorsitzender. Der Aufsichtsrat: Dir. Diestel, Vorsitzender.

## F. Lucht, Hüfl. 39.

Knaben - Konfirmanden - Stiefel Größe 36-39 Mt 192.-, 225.-, 240.-  
Herren-Stiefel 160.-, 180.-, 290.-, 300.-  
Damen-Stiefel, Halbstiefel, Kinder-Stiefel.

## Pa. Schweinefleisch (1901) Pfl. 19.-

Braten Pfl. 20.-, Kotelett 22.-, Gießeln 18.-, frische Schweinefleisch mit voller Fettschicht 16.50

## Pa. kernf. Rindfleisch Pfl. 13.-

frisches Fleisch 14.-, Kotelett und Rindfleisch 16.-

## O. Stöver, Markt. 2. Tel. 2133.

### 16 Markthalenstand 16

Ohren- u. Hammelbuden (12071) Markt, Markt. 2. Tel. 2133. 2.-, 6.50.

## Uebersaus große Vorteile

bietet Ihnen mein (12054)

## Inventur-Verkauf.

Herren-Anzüge solide Qualitäten	früher 795.- 895.- 980.-	jetzt 550.- 695.- 795.-
Konfirmanden-Anzüge in blau und farbig	früher 585.- 725.- 895.-	jetzt 450.- 525.- 695.-
Knaben-Anzüge Größe 1-6, mit Leibchen	früher 148.- 268.- 295.-	jetzt 110.- 175.- 210.-
Knaben-Anzüge Größe 7-12, ohne Leibchen	früher 189.- 298.- 450.-	jetzt 152.- 230.- 350.-
Herr.-Ulsteru.-Schlupfer in prima Verarbeitung	früher 795.- 895.- 1350.-	jetzt 595.- 750.- 950.-
Herren-Loden-Joppen auf warmem Futter gearbeitet	früher 285.- 325.- 465.-	jetzt 225.- 255.- 395.-
Herren-Arbeiter-Hosen in Baumwolle, Zwirn, Leder u. Manchest., starke Verarbeitung		258.- 128.- 98.- 69. <sup>50</sup>
Gestr. Herren-Hosen In hübschen dunklen u. mittel-farbigem Dessins		295.- 240.- 188. <sup>50</sup> 128.-

Große Herren-Drell-Anzüge 148.<sup>50</sup> in 1a. Qual., solange der Vorrat reicht, jeder Anzug

G. o. 3e Posten Sweater-Hosen	früher 62.50 65.90 74.50 82.50	jetzt 45. <sup>50</sup> 48. <sup>50</sup> 56. <sup>00</sup> 59. <sup>80</sup>
-------------------------------	--------------------------------	---

für 8-10 jährige Knaben

## 2 Extra-Angebote in Schuhwaren!

Ein Posten Herren-Stiefel - la. Massbox, Goodyear gedoppelt	früher 375.-	jetzt 298. <sup>50</sup>
Ein Posten Damen-Stiefel Roßchreux, mit hohen Absätzen	früher 275.-	jetzt 198. <sup>50</sup>

## Hans Struve, Lübeck

Königsstr. 87-89 (Ecke Wahmstr.) Rendsburg. Neumünster. Itehoe.

Sozialdemokr. Verein Lübeck. 12. District Markt. Freitag, den 20. Jan., abends 7 1/2 Uhr, bei Groth, Kottwitzstr. **Berufung der tätigen Genossen.** Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen erwarter. (12028) Der Eintrittsführer: Werner.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Lübeck. (12059) **Versammlung** der **Roll- und Blutwagentischer** am Freitag, dem 20. Januar abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: **Unsere Lohnbewegung.** Die Ortsverwaltung.

**St. Jüdische Garten** abgelesen. (12024) Stad 50.00 Markt. Str. Gieseler. Bild- u. Gesellsch. Große Gröbenstraße 11. Haupt. 1537.

## Gewerkschaftshaus

Morgen Freitag: **Großer Ball.** Damen Eintritt frei. (12019)

**Friedrichshof.** Freitag, den 20. Januar: (12045) **4. Familienball.**

## Großer öffentlicher Unterhaltungs-Abend

veranstaltet von den Arbeiter-Turn- u. Sport-Vereinen von Lübeck und Umgegend am Sonnabend, dem 21. Januar 1922 im Gewerkschaftshaus bestehend in **turnerischen Aufführungen und Vorträgen.** Saalöffnung 8 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Eintritt 3.00 Mk. (12053) Um zahlreichen Besuch bittet NB. Niederbücher mitbringen. Die Festeintrag.

**LUISENLUST** Sonnabend, den 21. Januar **Großer Preis-Lampfenball** (12022) vom Verein P. K. V. v. 8 1/2 Uhr: Einzug der größten Lüb. Lampenfamilie. 9 Uhr: Grob. Lampenzug. Ende ?? Der Vorstand.

Deutscher Arb.-Abstinenzband. Ortsgruppe Lübeck. **Generalversammlung** am Freitag, d. 20. Jan., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. (12038) Der Vorstand.

**Konsum-Verein** für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H. **Bezirks-Versammlung** für die Mitglieder des Warenabgabestelle 9 **Moisling** am Freitag, d. 20. Jan. abends 7 1/2 Uhr, im Kaffeehaus Moisling. Für die Mitglieder des Warenabgabestelle 28 und 29 **Stockelsdorf u. Fackenburg** am Freitag, d. 20. Jan. abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof des Herrn Doss, Stockelsdorf. Für die Mitglieder des Warenabgabestelle 21 **Seeretz** Sonnabend, 21. Jan. abends 7 1/2 Uhr bei Herrn Emil Gardt in Seeretz. Für die Mitglieder des Warenabgabestelle 33 **Moorgarten** am Sonntag, 22. Jan. nachmittags 3 Uhr im Lokale d. Hrn. Herling. Tagesordnung: I. a) Geschäftsbericht. b) Berichtigung des Geschäftsjahres. c) Erhöhung des Geschäftsanteils. d) Eigene Bäckerei. II. Bericht des Genossenschaftsrats. III. Ergänzungswahl der selben. (12048) IV. Genossenschaftliches. Wegen der wichtigen Tagesordnung bitten wir um recht zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

**Hansatheater.** Heute Donnerstag und morgen Freitag, 7 1/2 Uhr: „Die lustige Witwe“. Sonnabend, d. 21. Jan. Zum ersten Male: „Die spanische Nachtigall“. Operette in 3 Akten von (12025) Leo Fall.

**Stadttheater Lübeck** Freitag, 20. Jan. 7.30 U. Des Meeres und der Liebe Wellen. Schauspiel v. Grillparzer 22. Ab. Vorst. 8.30. B. Sonnabend, 21. Januar. Letzte Vorstellung für den Faustzyklus 1920/21 für Schüler u. jederm. 7 Uhr: **Moloch.** Sonntag, 28. Jan., 11 U. Einführender Vortrag mit musikalischen Erläuterungen d. Straußschen Werke: Don Juan, Don Quixote, Till Eulenspiegel, welche i. Volkst. Konz. Sonntag, d. 23. Jan., zur Aufführung gelangen. Preise: 3.-, 2.-, 1.- für Abonnenten des Volkst. Konzerts 2.-, 1.- und 50 Bfg. 2 Uhr: 10. Vorst. f. d. Arb.- u. Bildungsgemein. Die Fiedermans. Karten a. d. Theaterkasse. (12074) 7.30 Uhr: **Carmen.** Montag, 23. Januar: 12. Volkst. Konzert.

**Adolf Borgfeldt** Inhaber: Bern. Kuhl. Gegründet 1880. Fernspr. 672 und 678. Mühlenstraße 30/40, 44, 45, 71. (12039)

**Das fachmännische Spezialgeschäft Lübecks für Öfen u. Herde.** Neu angelegte Abteilung V: **Wand- u. Fußbodenplatten** in weiß und farbig fertiges Ansehen sowie Verlegen derselben und Ausführung jeglicher Reparaturen. Saubere Arbeit. Billigste Preise.

## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 19. Januar.

### Untertwegs.

Der Winter ist ein gastiger Geselle. Hat er keine kalte Haube angezogen, dann jagt er die arbeitsgeplagten Menschen mit Sturmeseile durch die Straßen. Den Kopf eingezogen, die Hände in den Taschen oder im Muff, schieben sie dahin und schauen weder links noch rechts. Ich weiß nicht, denken die lieben Nächsten an ihre kalten Füße, an das warme Bett, den gutgeheizten Ofen oder sonst etwas. Manch einer denkt wohl bei dem andauernden Glend überhaupt nichts, pustet sich egal durch die Morgenkälte wie durch den Abendnebel, sucht vielleicht Zukünftiges, sehnt sich nach vorzeitigem Glück. Wichtig: Glück, nach dem alle verlangen. Es ist ein eigen Ding damit. Man weiß nie, ob es einem beim Genieß gepadt hat, ob es schon von bannen geübt oder erst auf dem Wege zu uns ist. Seitdem ich bei dieser Jagd nach dem Glück unten durch gefegt bin, habe ich den Wettkampf auf- und mich der Freude hingeseht. Der stillen Freude am Glück anderer.

Soll man sich nicht vergnügen, wenn einem jeden Morgen auf dem Wege zur Treitmühle dieselben Menschen begegnen, zur gleichen Minute, an derselben Straßenkreuzung — unverzagt, zerküßelt oder kreuzfidel? Man sieht sich alle Tage und bleibt sich trotzdem fremd, kennt weder Nam' noch Art und läßt ihnen doch Zeit zu einer flüchtigen Wanderung zwischen unseren Denkfellen.

So scheinbar einmütig dieses Leben auch vorbeirauscht, glaubt es mir, es zornort in allen diesen Menschenherzen. Mitunter blüht es sogar auf, wie bei dem kleinen Ladenmädchen im dunkelblauen Kapottschürchen und diesem Hausmännchen. Gerade an der Ecke vor dem großen Kaufhaus steht sie und schaut zu dem schlanken jungen Mann hinauf. Erst fragend, zingend, dann wölben sich die Lippen, schneeweiße Zähne glänzen, Augen funkeln und über das ganze liebliche Puppengesichtchen ergießt sich in eisigster Winterkälte der hellste Sonnenstrahl. Recht sichig anzuschauen dieser Seelenstrom, dieses lachende Glück am frühen Morgen, an dem her, dem es entgegenweht, die ganze Tagesmüh hindurch sich erfreuen kann. Und doch verzieht der Hochgeschossene keine Miene. Aber die Kleine verspürt diesen kalten Windhauch nicht. Sie lächelt noch im Weitergehen und füllt das Glück nach dem höchsten Kapuzinerorden sicher noch im Herzen, wenn sich längst das große eiserne Tor hinter ihr geschlossen hat. Wollt ihr das Glück kennen lernen? Schaut um Euch!

### Die Milchpreiserhöhung.

Das Landesverwaltungsamt beschäftigte sich am Mittwochabend in einer Sitzung mit der Milchpreiserhöhung. Außer den Vertretern der beiden Sektoren, der Holländer und der Konsumenten waren auch Vertreter der Milchzeuger erschienen. Herr Bogner leitete die Sitzung, der die Versammlung leitete, wies zunächst auf den Zweck der Zusammenkunft hin. Allgemein richtet sich der Milchpreis nach dem Butterpreis. Es ist bereits früher vereinbart, daß die Milch den achten Teil des Butterpreises kosten soll. Für Lübeck sind die auf der Buttermarktion in Hamburg erzielten Preise maßgebend. In der letzten Sitzung des Landesverwaltungsamtes, am 12. Dezember 1921, wurde beschlossen, daß der Milchpreis monatlich festgesetzt und für Januar pro Liter 4,80 Mk. betragen sollte. Die Gemeinnützige Milchversorgung hat sich nach dieser Vereinbarung nicht gerichtet, sondern ist zur wöchentlichen Milchpreiserhöhung übergegangen. Da in den letzten Wochen die Butter wesentlich im Preis gestiegen ist, so hat sie den Milchpreis abermals um 60 Pfennige, auf 5,40 Mk., erhöht. Der Vorliegende wünschte nun, daß die Gemeinnützige Milchversorgung entsprechend den früheren Abmachungen den Milchpreis nicht wöchentlich, sondern monatlich festsetzt.

Die Ausprache war hauptsächlich eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Hansa-Meierei und den Vertretern der Gemeinnützigen Milchversorgung. Einer warf dem anderen unlautere Konkurrenz und Preisstreiberei vor. Herr Eckhardt von der Gemeinnützigen Milchversorgung betonte u. a., daß sie sich streng nach dem Butterpreis gerichtet hätten, der ja für den Milchpreis bestimmend sei. Nur der handelsübliche Preis nebst den entstehenden Unkosten sei genommen worden. Im übrigen wäre es gleichbedeutend, ob der Preis wöchentlich oder monatlich festgesetzt würde. Er wolle aber im Ausschussrat für monatliche Festsetzung eintreten. Herr Direktor Bastian von der Hansa-Meierei erklärte demgegenüber, daß die Gemeinnützige Milchversorgung stets zuerst die Preise erhöht hätte und daß die Hansa-Meierei immer nur zögernd mit der Erhöhung gefolgt sei. Wenn aber die Konkurrenz höhere Preise zahle, könnten sie die niedrigeren Preise nicht beibehalten. — Nach anderer Meinung ist dieser Streit ziemlich mäßig. Die Preissteigerung tritt bei der wöchentlichen, wie auch bei der monatlichen Festsetzung ein. Der Unterschied besteht in der Hauptsache nur darin, daß die Preissteigerung nicht so häufig angedreht und die Konsumenten nicht so oft beunruhigt werden. Wären müssen sie aber auf alle Fälle. Es wurde zwar darauf verwiesen, daß man stets befreit gewesen sei, den Milchpreis für Lübeck niedrig zu halten. Kiel, Hamburg und andere Städte hätten immer einen weit höheren Preis gehabt. Mit Recht haben Vertreter der Konsumenten die unheilvollen Folgen der Milchpreiserhöhung hervor. Große Erbitterung herrschte im Publikum, da infolge des hohen Preises vielen Kindern und Kranken nicht die nötige Milch zugeführt werden könne. Der Preisstreiberei müsse endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Die Erzeuger sollten etwas mehr soziale Einsicht zeigen und auf das Elend in der Stadt Rücksicht nehmen. Die Behörde müsse endlich damit, daß alle Vertreter, auch die der Landwirtschaft, sich bereit erklären, für die monatliche Preisfestsetzung einzutreten.

Das Ergebnis der Sitzung ist also sehr mager ausgefallen. Nach dem die freie Milch- und Butterwirtschaft einsehend ist, hat die Behörde zum Eingreifen nur wenig Machtmittel; sie muß durch Ermahnungen und offizielle Verhandlungen versuchen, die größten Auswüchse zu beseitigen. Da aber der Butterpreis fortgesetzt steigt, so wird ab Februar auch für Lübeck allgemein mit einer weiteren Milchpreiserhöhung gerechnet werden müssen. Die Verhältnisse der freien Wirtschaft und die gewissenlose Ausbeutung, die manche Leute betreiben, führt zu fortgesetzten Preissteigerungen. Bei solch hohen Preisen ist es um so mehr Pflicht der Behörden, wenigstens darauf zu achten, daß keine gefälschte Milch in den Handel gebracht wird. Nicht verdünnte, sondern vollwertige Milch darf nur abgesetzt werden. Die Arbeitererschaft aber kommt um neue Lohnbewegungen nicht herum. Sie muß um Erfolge zu erringen, stets auf dem Posten sein und die Organisationen stärken.

Die neuen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes.

### Die neuen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes.

Da uns immer noch Anfragen über die neuen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes zugehen, bringen wir im nachstehenden noch einmal eine erschöpfende Darstellung der ganzen Steuerverhältnisse.

Die neuen Bestimmungen bringen eine erhebliche Steuererleichterung für die mittleren Klassen dadurch, daß die prozentuale Erhöhung des Steuerbetrages vom Einkommen wesentlich anders gestaffelt worden ist als bisher. Während bis Ende 1921 nur für die ersten 24.000 Mk. Einkommen 10 Proz. Steuern zu entrichten waren und dieselben bei 45—50.000 Mk. bereits 40 % betragen, ist die Staffelung nunmehr folgende:

- 10 Proz. für Einkommen bis zu 50.000 Mk.,
- 15 Proz. für die nächsten 10.000 Mk. (50—60.000 Mk.),
- 20 Proz. für die nächsten 20.000 Mk. (60—80.000 Mk.),
- 25 Proz. für die nächsten 20.000 Mk. (80—100.000 Mk.),
- 30 Proz. für die nächsten 100.000 Mk. (100—200.000 Mk.),
- 35 Proz. für die nächsten 100.000 Mk. (200—300.000 Mk.),
- 40 Proz. für die nächsten 200.000 Mk. (300—500.000 Mk.),
- 45 Proz. für die nächsten 500.000 Mk. (500—1 Mill. Mk.),
- 50 Proz. für die nächsten 500.000 Mk. (1—1½ Mill. Mk.),
- 55 Proz. für die nächsten 500.000 Mk. (1½—2 Mill. Mk.),
- 60 Proz. für die über 2 Millionen hinausgehenden Einkommen.

## Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schüding.

6. Fortsetzung.

Der Sieg endete an dem Gehölze, das unmittelbar die Abtei umgab; ein recht gut gehaltener Forst, in dem sich an vielen Stellen laubere Ästchen mit Nummern zeigten, als Beweis, daß die Arbeit in ihren Fortschritt hielt, der ein sehr ordentlicher Mann war und unter tausend unnützen Umständlichkeiten — Kapuzinerarbeit nennt man's bei uns — seinen Mangel an eigenlicher Arbeit zu verbergen suchte. Hier und dort waren Alleen angelegt und „Points de vue“ ausgeschlagen; in alle Räume am Wege waren Namenszüge und brennende Herzen eingeschnitten, auch Verse an Hygillus oder Chimene in Weberschweif, wo sich irgendeine glatte Rinde zeigte. Auf einer Rasenbank in einer der Alleen lag eine Stiftsdame, ein Buch, in dem der Wind blätterte, in der Hand. Sie stand auf und nickte bei der Annäherung des jungen Mannes in das Gesicht wie eine schone Hirde; doch sah Bernhard bald nachher, wie sie in einem Seitenwege, der parallel mit dem seinen lief, wie ein Schritt mit ihm hielt und zuweilen durch die Ästen des Unterholzes verstoßene Seitenblicke nach ihm auswarf. Wo die Wege zusammen trafen, war sie verschwunden.

Vor dem Tore begegnete ihm drei Frauen, die Arme umeinander schlugen, wie drei Grastrie, mit feinen Drahtschürchen und glänzenden weißen Schürzen, deren Bruststück nachträglich bis an die Schultern hinaufging, daß sich das gekrümmte Herzchen von Goldsilber mit den blutroten Tüchlein Granaten in der Mitte desto glänzender abhob. Bernhard zog artig sein Köppchen vor ihnen; sie gingen knirschend und mit niedergegeschlagenen Augen an ihm vorüber, aber drei Schritte weit hinter seinem Rücken hörte er sie lechhaft flüstern und lächeln.

Der Hof war groß und von den Häusern der Stiftsdamen umschlossen, von denen immer eines von dem andern durch den Garten, der es umgab, getrennt war. Die Türen waren aufsteigend, jede mit einer hohen Treppe und ihrem Wappen über der Eingangstür. Nur die Abtei hatte auch einen Kellerturm und besaß dadurch den vornehmen Charakter; auch stand eine ausgespannte schwerfällige Karosse davor und ein Knecht war beschäftigt, das Leder einer Sänfte abzuschleifen. Hinter ihr sah man die drei weißen Türme und die Giebel der Abteikirche sich emporheben. Das Ganze bot ein stilles Bild: das Klappern von Klappschellen, das aus den Lokomotivgebäuden köllt, und einige Pfauer, die auf dem Hofe gellend das Wetter anschießen, machten den einzigen Lärm darin, wenn man die Kanarienvogel nicht rechnet, denn an jedem Fenster hingen mindestens drei Käfige voll dieser gelben Musikanten.

Bernhard öffnete ein Gittertor vor einer der Karren, die gerade aus dem Hofe auf den Markt zum großen Saal

des Blumen Gartens, an verblühten Turriselbeeten her, durch zwei lange Reihen von Blumenstöcken mit herrlichen, farbenalühnenden Nelken, bis er auf der obersten Treppentstufe stand. Die Tür wurde von einer Magd geöffnet, die ganz ihre Bauertracht beibehalten hatte, dieselbe, die auch der alten Margret so gut stand, eine leibene Nebellappe mit silberner Tresse, ein Tuchrock mit schweren Falten, an den Ärmeln offen, die Tüchlein von demselben Stoff und ein schweres Silberkreuz an einem Samtbande auf der Brust.

„Ist das gnädige Fräulein zu Hause? Guten Tag, Anne-Marie, wie geht's?“ fragte Bernhard, durch die halbgeöffnete Tür schlüpfend.

„Ach, junger Herr, ja wohl, gewiß wohl, Sie hat schon zweimal gefragt, ob Sie noch nicht da wäre. So, hier nur herein, ich will Sie gleich rufen.“ Bernhard pochte das Herz, als er das Empfangszimmer, den sogenannten Saal betrat, den Anne-Marie aufschloß. „Weshalb?“ wachte er selbst nicht; er sah sie zuweimal in jeder Woche, seine Gönnerin, und stolz war sie auch nicht, sondern die Freundschaft selber; aber er war bekommen, als er wieder in dem bekannten Räume wartete und, ohne zu schauen, keine Blicke auf den ernsten Herrn im blauen Fürstenmantel heftete, der über dem Kamme hing und auf die Dornkrone von Maria wies, die man hinter einem zurückgeschlagenen Vorhang im Hintergrund des lebensgroßen Gemäldes erblickte. Es war der letzte Fürstbischof, der Heim der Stiftsdame, die Bernhard erwartete. Sonst war das Zimmer einfach; weiße Wände, an der Decke das Gebälke sichtbar, aber mit Stoffarbeiten bedeckt, Kanapee und Stühle von rotem Nisch mit gelben Nägeln besetzt; auf der Kommode Porzellanfiguren, ein Topf mit Poipouri in der Mitte und eine bronzene Uhr, an die sich ein flötender Säufer lehnte mit einem Gefäß zu seinen Füßen, das ebenfalls fidel, das treue Tier, als ein Lamm sein konnte — das und noch zwei Konsolen zu beiden Seiten des Kanapee mit großen blauen Vasen aus ägyptischem Porzellan machten das Ensemble aus, alles in dem hübschen und phantastischen Geschmack, der nicht allein das Bedürfnis befriedigt sehen will durch edle, schmeckende Linien, wie wir sie vorziehen, sondern auch geschweifte Schnitzwerkstücke, Schnitzarbeiten und Sündel verlangt zum Felchen, daß ein übriges vorhanden, das augenfällig der Zierrückheit verwendet werden mag.

Das Stiftsfraulein trat herein. Sie begrüßte ihn mit einem sehr feierlichen Knick und einem freundlichen: „Guten Tag, wie geht es Ihnen, Herr Doktor?“ — so ließ sie in den guten alten Zeiten jeder, der von der Universität heimkam — und setzte sich dann. Anne-Marie stand an der Tür, um auf ihre Befehle zu warten, als diese gegeben waren, ging die Alte und brachte gleich darauf eine Flasche Landwein mit einer Zuderhose und einem Teller voll geschälter Mandeln und Traubrosinen herein; ein anderer voll duftiger blauer Pfaffen, von der eigenen Hand des Fräuleins für ihren Galt gefüllt, stand schon auf dem Tisch. Sobald Anne-Marie aus der Tür war, stand die Dame wieder auf und grüßte mit einem knöcheligen weißen Hüden, die beiden

Eine besondere Veranlagung findet nicht statt, sofern das Einkommen aus Arbeit nicht über 50.000 Mk. beträgt (bisher 24.000 Mk.). Es gilt in diesen Fällen die Steuerpflicht durch den Abzug vom Arbeitslohn als abgegolten. Der 10prozentige Steuerabzug ermäßigt sich:

1. Für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau:
  - a) bei Stundenlohn um 20 Pfg. für je 2 Stunden (bisher 10 Pfg.),
  - b) bei Tagelohn um je 80 Pfg. täglich (bisher 40 Pfg.),
  - c) bei Wochenlohn um je 4,80 Mk. wöchentlich (bisher 2,40 Mk.),
  - d) bei Monatslohn um je 20 Mk. monatlich (bisher 10 Mk.).
2. Für jedes minderjährige Kind:
  - a) bei Stundenlohn um je 30 Pfg. für je 2 Stunden (bisher 15 Pfg.),
  - b) bei Tagelohn um je 1,20 Mk. täglich (bisher 60 Pfg.),
  - c) bei Wochenlohn um je 7,20 wöchentlich (bisher 3,60 Mk.),
  - d) bei Monatslohn um je 30 Mk. monatlich (bisher 15 Mk.).
3. Für Werbungskosten:
  - a) bei Stundenlohn um 45 Pfg. für je 2 Stunden (bisher 15 Pfg.),
  - b) bei Tagelohn um 1,80 Mk. täglich (bisher 90 Pfg.),
  - c) bei Wochenlohn um 10,80 Mk. wöchentlich (bisher 5,40 Mk.),
  - d) bei Monatslohn um 45 Mk. monatlich (bisher 15 Mk.).

Beispiel: Ein Arbeiter verdient wöchentlich 450 Mk. Er ist verheiratet und hat drei minderjährige Kinder: 10 Proz. Steuerabzug von 450 Mark 45 Mk. Davon in Abzug zu bringen: Für den Steuerpflichtigen selbst 4,80 Mk. Für dessen Ehefrau 4,80 Mk. Für drei Kinder a 7,20 Mark 21,60 Mk. Für Werbungskosten 10,80 Mk. Wöchentliches Lohnabzug also 83,00 Mk. Hätte derselbe Arbeiter nur 420 Mk. oder weniger Wochenlohn, so würde ein Abzug für Steuern überhaupt nicht erfolgen können.

Da die Ermäßigung des Steuerabzuges nach dem auf der ersten Seite des „Steuerbuchs“ ersichtlichen Jahresbetrag erfolgt, hat jeder Lohnempfänger darauf zu achten, daß der dort ersichtliche Betrag auch den tatsächlichen Verhältnissen entspricht und, wenn dies nicht der Fall ist, denselben durch seine Gemeindebehörde berichtigen zu lassen. In den für das Jahr 1922 jetzt zur Ausgabe gelangten Steuerbüchern sind vielfach die Ermäßigungen nach den alten, erheblich niedrigeren Sätzen eingestrichelt. In diesen Fällen ist sofort auf Minderungen anzusprechen. Sind bei dem Steuerabzuge Ermäßigungen aus irgendwelchen Gründen nicht im vollen Umfange berücksichtigt worden, so ist dies dem Finanzamt anzuzeigen, damit am Ende des Steuerjahres dieser zu niedrig berechnete Ermäßigungsbeitrag — der gleichbedeutend mit zuviel bezahlter Steuer ist — zum Ausgleich gebracht werden kann. Gleichfalls ist dem Finanzamt am Schluß des Kalenderjahres, das jetzt mit dem Steuerjahr identisch ist, anzuzeigen, wenn durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit längere Zeit kein Lohnneueinkommen vorhanden war, demnach auch kein Steuerabzug vom Lohne möglich war, damit auch die Mäßigkeit der Berücksichtigung der Ermäßigung des Steuerabzuges erfüllt. Hierzu ein Beispiel: Es wird angenommen, daß ein vierberolts verheirateter Arbeiter wöchentlich 500 Mk. verdient; der Steuerabzug beträgt 10 Proz. = 50 Mk., ermäßigt um je 4,80 Mk. für ihn selbst und seine Ehefrau und 10,80 Mk. für Werbungskosten, insgesamt also 75,60 Mk., so daß 29,60 Mk. Steuerabzug vom Lohne verbleibt. Der Arbeiter ist im Kalenderjahre 12 Wochen arbeitslos, verdient also nur 40x50 = 2.000 Mk., für die ihn 40x75,60 = 3.024 Mk. als Steuerabzug geführt worden sind. Da ihm die Ermäßigungen für seine Person, für die seiner Ehefrau und für Werbungskosten für das ganze Jahr, nicht nur für die Lohnwochen zuzurechnen, ergibt sich folgendes Beispiel: Für 20.000 Mk. Lohnneueinkommen sind 10 Proz. Steuern = 2.000 Mk. zu zahlen. Diese Summe muß sich für das ganze Jahr um 32 x 20,40 = 652,80 Mk. ermäßigen, also auf 999,20 Mk. Da dem Arbeiter aber 1184 Mk. durch Steuerabzug vom Lohne geführt sind, so muß ihm auf Antrag die Differenz zwischen diesem Betrag und dem von ihm endgültig zu zahlenden (999,20 Mk.) erstattet werden, also 1184 — 999,20 = 184,80 Mk.

Bernhards und sagte: „Wie geht's meinem Junger?“ mit einem viel weiseren Tone, als ihre erste Begrüßungsformel trug. Bernhard sah sie mit einer schweigenden Innigkeit an und es konnte nur ein innerliches Seelenergöhen verursachen, ein Paar dieser treuen blauen Augen so in das andre blicken zu sehen, als ob es darin die Seele wiederfände, die aus dem eigenen Hünderhalslufte.

Habt ihr wohl je eine Stiftsdame gesehen? Ich meine eine rechte, ordentliche Stiftsdame, die von einer jetzigen gerade so verschieden ist, wie ein jetziger Kavalier-Ordensritter von den parzerflirrenden Söhnen des heiligen Johannes von Jerusalem, damals als sie noch den weißbrennenden Mantel trugen und ihrer zwei auf einem Pferde saßen. Nein, eine solche Stiftsdame habt ihr noch nicht gesehen, ihr seid zu jung dazu, ihr seid sogar jung und eure Gedanken sind weitläufiger; wenn sie schon im Jahre 1880 ein Schattenbild angelehrt haben, so ist es viel, sehr viel.

Ich muß euch die Stiftsdame beschreiben. Sie trug ein weißes, satiges Kleid, das die volle, schöne Hüfte bis an den Hals hoch hinauf umschloß und von der schlanken Taille bis über den Fuß niederhing; es war schade für den Fuß. Die Ärmel waren an den Ellbogen offen und mit langen herabhängenden Spitzen-Engagementen geziert; auch die Schürze hatte einen freien Spitzenbesatz. Das Haar war zum Teil von dem Wimpel bedeckt, was immer schade war für das goldene, fabelhaft reiche und jedermann sehr dünne. Der Wimpel ist ein weißes gefaltetes Tuch von Eiden lang auf den Rücken hinabhängend. Im Nacken, mitten zwischen den Schultern, war ein schönes Stück schwarzes fallendes Zeug befestigt, das bis auf den Boden hinabblatterte, ganz wie ein Domherrnmantel.

Das Stiftsfraulein — sie hieß Katharina und war eine geborene Reichsfräulein von Massenfeld — war eine große, volle und hübsche Gestalt. Das Gesicht war ein regelrechtes Oval, die Stirne hoch und schön gekrönt, das große blaue Auge hatte etwas Trümersüßes; wenn sie die langen Lider schloß, konnte man deutlich darunter die Bewegungen sehen, die der Wimpel machte. Die Nase war lang und fein geschnitten, und der Mund fleißig; die ganze Partie umher hatte einen weichen kindlichen Charakter behaltend. So nannte jeder das Fräulein von Massenfeld schön; freilich, man hätte manches gegen die unbeschränkte Anwendung dieses Reimwortes auf ihre Züge einzuwenden können, zum Beispiel, daß die Rinde der Gebühre nicht auf ihre Wangen sich beschränkte, ferner, daß die Nase, ganz schwarz betrachtet, eine geringe Abweichung von der gerade Linie zeigte, wie das gewöhnlich bei jungen Leuten der Fall ist. Aber, wer hätte das bei einem Gesicht, wie das ihrige bemerkte? Es verschwand unter dem Eindruck, den das Ganze machte, und dieser Eindruck war im höchsten Grade anziehend. Das Alter der Frauen ist zwar ein Geheimnis, außer bei den armen Prinzeßinnen, die im Staatskalender stehen; aber man konnte es bei ihr doch ungefähr bestimmen.

**Strassammer.**

**Erfolgreiche Berufung.** Der frühere Polizeiwachtmeister A. war vom hiesigen Schöffengericht wegen vielfachen Diebstahls von Militärsachen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Strafkammer als Berufungsinstanz kam am Mittwoch wiederum zur Beurteilung und erkannte auf zwei Monate und 10 Tage Gefängnis. — Der flotte Zahlmeister. Wegen Unterschlagung von militärischen Gelbtern mußte sich der frühere Zahlmeister-Stellvertreter St. verantworten. Die Sache hat sich Ende 1918 und in den ersten Monaten des Jahres 1919 zugetragen. Der Angeklagte, der fast 1 Jahr in Untersuchungshaft gelassen hat, war damals Zahlmeister bei einer Untersuchungs-Kompanie in der Ukraine. Festgestellt wurde, daß St. in der fraglichen Zeit 200.000 Rubel empfangen hatte, wovon er eine einwandfreie Abrechnung nicht vorlegte. Der Beschuldigte will u. a. von diesem Gelde 80.000 M. für Fett- und Kantinewaren ausgegeben haben. Der Kahn, auf dem diese Waren verladen wurden, ist später untergegangen. Es konnte somit nicht festgestellt werden, ob eine solche Menge von Waren wirklich angekauft ist. Als dann St. zur Umwechslung von russischem Gelde fortgeschickt worden war, wurde die Kompanie inzwischen nach Deutschland abtransportiert. Der Angeklagte trat dann nach längerem Transport in Deutschland ein und fuhr nach seiner Heimatstadt Albed. Hier führte er ein sehr flottes Leben. Viel verkehrte er in Schaufpielkreisen und machte den Bühnenkünstlerinnen Geschenke im Werte von rund 10.000 M. Bei von ihm veranstalteten Gesellschaften ging es hoch her; es gab nur beste Weine. Diese Festgelagen kosteten dem Angeklagten etwa 40.000 M. Außerdem erhielten einige Schaufpieler Darlehen von 3000 M., und 5000 M. sollten für die Bühnengenossenschaft gestiftet werden. Das flotte Leben des jungen Zahlmeisters fiel der Polizei auf, die schließlich zur Verhaftung des schneidigen Kavalliers schritt. Bei einer Hausdurchsicht in der Wohnung des Beschuldigten wurden in einem Koffer noch circa 10.000 M. in deutschem und russischem Gelde vorgefunden und beschlagnahmt. Der Angeklagte will keine Unterschlagungen begangen haben, sondern alles Geld in Rußland durch den Handel mit Kokain erworben haben. Da während der Revolution eine starke Unordnung bei dem Transport herrschte, so konnte dem Angeklagten Unterschlagung nicht nachgewiesen werden. Das Gericht erkannte daher auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

**Feinde des Achtstundentages.** Die Bäckermeister und Brotfabrikanten können es noch immer nicht verwinden, daß mit der 12- und 14stündigen Arbeitszeit aufgegeben wurde. Mehr als jedem anderen Unternehmer ist ihnen der 8-Stunden-Tag verhasst. Es läßt sich in der ungeschützten Arbeitszeit der Gehilfen noch mehr Profit erzielen und das freie Spiel der Kräfte auswirken. Zu den Gegnern einer notwendig begrenzten Arbeitszeit zählt auch Herr Junge, seines Reichens Inhaber der Dampfbackerei Junge und Müllers in der Bürgerstraße, der ihn in die Bürgerkassette entzündet hat. Also Müllersritter aus Prinzip. Herr Junge ist von den Interessenten seines Berufes als Vorjüngling vorgezogen, um für die Arbeitszeitverkürzung im Gewerbe eine gesetzliche Befähigung zu erhalten. Gegen ein Strafmandat wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wurde Junge gerichtliche Entscheidung, doch auch das Schöffengericht mußte den klaren Tatbestand bestätigen. Darüber ist sowohl der Beurteilende wie dessen Freunde empört. Berufung an die Strafkammer wurde eingeleitet. Damit läßt es Herr Junge jedoch nicht bewenden. Helfen in seiner Not sollen ihm jetzt jene Kunden, die zum Frühstück frisches Gebäck haben wollen und die über die faulen Arbeiter noch extra schimpfen, wenn ihnen die weißen Semmel zur schönen Butter fehlen. Die Kunden der Gesellschaft sollen ihren Mikrum gegen die 8stündige Arbeitszeit schriftlich niederlegen, damit Herr Dr. Wittner als Bevollmächtigter Junge'scher einem hohen Gehalts eine hohe Aktienmappe der 8-Stunden-Tag-Feinde überreichen kann. Das Kornerne Junges ist ja so simpel, als daß man darüber viele Worte verlieren sollte. Denn ein Gericht hat sich nicht nach den Wünschen besonders interessierter Kreise und entzogener 8-Stunden-Tag-Gegner zu richten, sondern nach Recht und Gesetz. Das sollte auch Herr Junge allmählich klar werden. Aufser alten Lanten, die vom Arbeiter- und Gesundheitsklub keine Achtung haben, wird sich niemand zur Unterstützung verleiten lassen. Schon deswegen nicht, weil sie doch wertlos ist.

**Bon der Schiffahrt.** Der deutsche Dampfer „Sunion“, der am 13. Dezember mit einer Ladung Getreide von Danzig nach Rostock abging, hat bisher keinen Bestimmungsort nicht erreicht und ist auch von keiner Station gemeldet worden. Man nimmt an, daß der Dampfer den Stürmen mit seiner 16 Mann starken Besatzung zum Opfer gefallen ist. — Der Flersburger Dampfer „Bella“ ist nicht gesunken, sondern befindet sich im Ost von zwei Fischdampfern, die versuchen, ihn nach Maasluis einzukleppen. Die irrtümliche Meldung über den Untergang des Schiffes war durch ein Telegramm des Kapitäns her-

vorgerufen, der mit neun Mann der Besatzung in einem Boot den brennenden Dampfer verlassen hatte, von einem Fischdampfer aufgenommen und in Lomestoft gelandet war. — Der durch den Friedensvertrag an die White Star-Line übergegangene Norddampfer „Columbus“, der jetzt den Namen „Somer“ führt und in die Nordamerikalinie eingegliedert werden soll, hat nach dem er im Oed von Blohm & Hoß fertiggestellt wurde, im Tau von acht großen Schleppern den Hamburger Hafen verlassen. Das 35.000 Tonnen große Schiff wird nach Liverpool gebracht.

**ph. Schiffsberaubung.** Mit dem gestern hier von Kopenhagen eingetroffenen Dampfer „Lübeck“ trafen ein Matrose aus Wilhelmshagen und zwei Heizer aus Franzburg bzw. Oldenburg ein, die in Kopenhagen wegen erheblicher Güterberaubungen auf einem deutschen Schiffe festgenommen waren. Während der Reise von Lübeck nach Kopenhagen hatten sie verschiedene Kisten erbrochen und das Diebesgut in ein Wasserfaß versteckt. Sie wurden aus Dänemark ausgewiesen und hier verhaftet.

**ph. Schmerz Unfall durch einen Schneeball.** Durch einen unglücklich geführten Wurf mit einem Schneeball verlor eine hier wohnhafte Ehefrau das Recht eines Auges. Obwohl der Werfer des Schneeballes mit den unfehligen Folgen seines Tuns nicht rechnen konnte, sei hiermit nochmals auf das gefährliche und unkluge Verhalten mit Schneebällen auf öffentlichen Straßen und Plätzen hingewiesen, was außerdem in § 73 der Str.-P.-O. vom 3. März 1880 verboten ist; desgleichen das Anlegen von sogenannten Schleiferbahnen auf den Bürgersteigen der Straßen. Die Polizeibeamten sind angewiesen, scharf auf solche Unfortwährenden zu achten und zwecks Bestrafung zur Anzeige zu bringen.

**Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.**

**Achtung, Gewerkschaftsvorkände, Delegierte des Ortsausschusses.** Morgen abend 7 Uhr Sitzung im Gewerkschaftshaus. Vollständiges Erörtern ist notwendig. Tagesordnung siehe Versammlungsanzeige. Der Vorstand.

**Achtung, Betriebsräte, Betriebsobleute und Raudelegierte, freigewerkschaftliche Vertrauensleute der Zwerghetriebe, Vorstandmitglieder der Gewerkschaften, Vorstandmitglieder der Afa-Gewerkschaften.** Heute abend Lichtbildvortrag im Gewerkschaftshaus. Wie lese ich eine Bilanz? Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Die Betriebsrätezentrale.

**Jungsozialisten.** Freitag, den 20. Januar, abends 7½ Uhr, bei Wulff, Büchelstraße 110. Vortrag. Der Vorstand.

**Stadtheater.** Am Freitag wird „Des Meeres und der Liebe Wellen“ gegeben. Schauspiel von Franz Grillparzer. Regie: Sieglar.

**Sania-Theater.** Heute und Freitag: „Die lustige Witwe“. Sonnabend: Uraufführung „Die spanische Nachtigall“, Operette von Leo Fall.

**Sänglingsfürsorge.** Am 19. Januar, abends 7¼ Uhr findet in „Weißer Köhl“ Marlestr. 15 ein Mütterabend statt für die Sänglingsfürsorge Mühlen- und Postentor-Süd.

**Angrenzende Gebiete.**

**Hamburg.** Hungerstreik. Die kommunistische Volkszeitung verbietet die Mitteilung, daß die politischen Gefangenen in den Hamburger Strafanstalten beschlossen hätten, am 22. Jan. solidarisch mit Genossen in den Zuchthäusern von Lergau und Wittenburg in den Hungerstreik zu treten.

**Kiel.** Steigende Fischpreise. In der Fischhalle am Seeufer kamen am Mittwoch nur kleine Fänge von Dorsch und Heuschrecken zur Versteigerung. Bei starker Nachfrage mußten die Händler für Dorsch bis zu 7,15 M. für das Pfund anlegen. Für Heuschrecken war das Angebot ebenfalls unbedeutend; es bestand aus kleinen hiesigen und auswärtigen Fängen. Auch an der Westküste, die bisher mit reichen Fängen und Sorten auszuweisen konnte, muß jetzt nur wenig gefangen. Die Hochseefischerei in der Nordsee leidet anhaltend unter Kohlenmangel.

**Sarburg.** Schwere Erkrankungen sind in letzter Zeit in den Vereinigten Gummiwerken eingetreten; die auf mangelhafte Luftreinheit, bei deren Verarbeitung sich Benzolgas entwickeln, zurückzuführen sind. Die Wirkung der Luft ausströmenden Gase äußert sich in Benommenheit, das sich bis zur Willenslosigkeit steigert. Die Fälle veragern ihren Dienen, ohne daß geradezu Verunstaltungen eingetreten wären. Der Betrieb wurde wiederholt eingestellt. Im Schulsaal erkrankten am Mittwoch wiederum zehn Frauen infolge Umarmens giftiger Gase, die den zum Verweilen der Schuppe benutzten Farben entstammten. Einer Frau floß das Blut aus Mund und Nase. Der Betrieb ist im Schulsaal wieder eingestellt worden.

**Gewerkschaften.**

Die Antsterdamer Rußlandhilfe. Der Internationale Gewerkschaftsbund gab jüngst eine Uebersicht über die ihm bis 15. Dezember 1921 zur Verfügung gestellten Beträge anzureiten der Hungerleidenden Rußlands. Die Beträge sind in holländischer Währung umgerechnet und geben sowohl ein Bild über die Leistungen der einzelnen Länder wie über deren valutatorischen Wert. — Eingegangen waren aus Belgien 267.701,83 fr. oder 56.200 Gulden, aus Dänemark 30.100 Kronen = 17.200 fl., aus Deutschland 4.967.202 M. = 75.000 fl., aus Frankreich 593.651 fr. = 121.600 fl., aus Großbritannien 5.170 Pfd. Sterl. = 59.500 fl., aus Italien 1 Million Lire = 120.000 fl., aus Luxemburg 500 fr. = 1000 fl., aus Holland 58.500 fl., aus Österreich 18.791,00 Kronen, d. i. 19.000 fl., aus Polen 2.900.000 M. = 3.000 fl., aus Schweden 100.000 Kronen, d. i. 66.000 fl., aus der Schweiz 75.000 fr. = 37.000 fl., aus Spanien 28.000 Pef. = 11.150 fl., aus der Tschechoslowakei 4.000.000 Kronen = 160.000 fl. und einige sonstige Beiträge, insgesamt 794.400 Gulden.

**Aus aller Welt.**

Ein Graf Schlieffen unter Mordverdacht. Vor dem Schwurgericht in Götting begann ein Sensationsprozess, der sich gegen den Grafen Hans Heinrich v. Schlieffen wegen verdächtigten Mordes an dem Grafen Georg Wilhelm v. Schlieffen, dem Majoratsbesitzer auf Schlieffenberg bei Götting, und dessen Eltern richtet. Die Anklage stützt sich auf die Aussagen eines Berliner Studenten namens Stenck, der mit dem Gemeindevorstand Bruno Kessel aus Götting zusammen vom Grafen Hans Heinrich für die Mordtat gewonnen worden war. Kessel ist aeländig und behauptet, von der Gräfin Eleonor und ihrem Sohne Hans Heinrich für die Ausführung der Tat 20.000 M. erhalten zu haben. Die Sache kam durch ein Geständnis des Studenten, der den bedrohten Majoratsbesitzer warnte, zur Kenntnis der Behörden. Die Verhaftung Kessels und seines Schwagers Bruno Großer aus Neudöhlen auf dem Esterberg in Berlin förderte vier Sprengpatronen mit je 200 Gramm Dynamit, die angeblich dazu dienen sollten, das Schloß in die Luft zu sprengen und den Grafen mit seinen Eltern zu beseitigen. Der Angeklagte bestreitet jede Absicht des Mordes.

Eine besondere Veranlagung zur Steuer erfolgt, sofern das reine Einkommen höher als 50.000 M. im Jahre ist oder sofern mit einem Einkommen unter 50.000 M. anderes Einkommen zusammenfällt (aus Gewerbebetrieb, Kapitaleinkommen, Einkommen der Ehefrau). Eine Veranlagung kann auch bei einem hohen Lohnverdienst unter 50.000 M. beantragt werden, wenn die Voraussetzungen des § 26 Abs. 4 vorliegen, wo es heißt: Bei der Veranlagung können besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, durch Ermäßigung oder Erlass der Einkommensteuer berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen 80.000 M. nicht übersteigt. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalte mittelbarer Angehöriger, durch Krankheit, Verhinderung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau.

**Erhöhung des Brotpreises.**

Das Landesverordnungsamt beschäftigte sich heute vormittag mit der Neuregelung der Brotpreise. Es handelte sich vorläufig nicht um die von der Presse bereits besprochene allgemeine Erhöhung von 75 Prozent, sondern um die durch Lohn-erhöhungen und sofortige gestiegene Ankosten eingetretene Verteuerung. Die Bäckermeister und Brotfabriken hatten Forderungen gestellt, monach das Schwarzbrot von 6,80 M. auf 7,50 M. und das Weizenbrot von 7,80 M. auf 8,50 M. erhöht werden soll. Nach Verhandlungen mit dem Landesverordnungsamt einigte man sich auf den Preis von 7,40 für Schwarzbrot und 7,90 M. für Weizenbrot. Die Preise sind in Hamburg schon seit einigen Wochen durchgehend. Nach kurzer Aussprache einigte sich das Landesverordnungsamt auf folgende Preise von Sonntagsbrot ab: Schwarzbrot 7,30 M. und Weizenbrot 8 M.

Es wurde in der Debatte ausgeführt, daß das Landesverordnungsamt immer bestrebt gewesen sei, den Brotpreis möglichst niedrig zu halten. Tatsächlich hätten Hamburg und Kiel bisher auch etwas höhere Preise gehabt. Außerdem müsse man aber doch freuen, für ein einheitliches Wirtschaftsgebiet möglichst einheitliche Preise einzuführen. Für gemeinsame Preiskalkulation hat auch der Vertreter der Arbeitnehmer ein, der u. a. darauf verwies, daß auch die Löhne bezirksweise geregelt werden. Die Hamburger Bäcker beziehen seit dem 1. Januar einen Monatslohn von 595 Mark, während die hiesigen Bäcker nach ihren neuen Forderungen etwa 45 Mark die Woche weniger haben. Die hiesigen Bäcker würden verbrauchen aber weit mehr Kohlen als die Hamburger. Diese Erscheinung ist auf das schlechte Brennmaterial zurückzuführen.

Der Weizenverbrauch war bisher ziemlich stark. Die Herstellung betrug 60 Prozent, während der Schwarzbrotverbrauch nur 40 Prozent betrug. Schwarzbrot wird besonders viel aus der Umgegend Albeds eingeführt. Weizen ist zwar knapp, doch besteht die Hoffnung, daß die bisherige Herstellung von Backwaren für das ganze Verordnungsamt beibehalten werden kann. Die Brotpreiserhöhung ist beabsichtigt. Sie war nicht zu umgehen, da die Verhältnisse die Erhöhung bedingten. Wenn die weitere Erhöhung ist, steht noch nicht fest. Sicher ist aber, daß sie kommt. Es sind also schwere Zeiten. Der Kampf der Minderbemittelten um die Existenz wird immer schwerer. Keine Lohn- und Gehaltserhöhungen sind unaussprechlich.

**Gratisleistungen der Zeitung.**

- Die Zeitungen befinden sich in großer Notlage. Daraus wird immer und immer wieder hervorgehoben. Trotzdem gibt es viele Behörden, Vereine und Privats, die von den Zeitungen Hinweise und Notizen verlangen, die in den Anzeigenteil gehören und bezahlt werden müssen. Gegen die Anträge haben die Zeitungsverleger-Vereine wiederholt Protest gemacht. In einem Kreisblatt lesen wir folgende Vereinsbeschlüsse dazu: 1. Alles, was nach Form, Inhalt oder Zweck einen Anzeigenauftrag darstellt bezw. dazu dienen soll, eine Anzeige zu ersetzen oder entbehrlich zu machen, ist für die Aufnahme in den Textteil (sogenannten redaktionellen Teil) der Zeitung abzulehnen. 2. Für alle Anzeigenaufträge, auch solche, die sogenannte wohltätige Zwecke, Gabenlisten usw. betreffen, ist Bezahlung zu beantragen. 3. Hinweise und Reklamenotizen sind, soweit solche letztere der Zeitung nicht grundsätzlich abgelehnt werden, jedenfalls nur in Verbindung mit einer Anzeige in gleicher Nummer zu bringen. Ohne gleichzeitige Anzeige erfolgt niemals ein Hinweis. 4. In allen Artikeln und Hinweisen ist Reis und grundsätzlich alles das zu vermeiden, was naturgemäß in den Anzeigenteil gehört. Auch in Albed sollten sich Behörden, Organisationen und Privats die oben genannten Beschlüsse zu Herzen nehmen und an die Red der Zeitungen denken.

**Kleine Indiskretionen.**

Von Theodor Thomas. Ich habe ein unbedeutendes Geschwür am Finger. Lächelnd — aber meine Frau sagt: „Du mußt zum Arzt.“ Der sagt, ich lauge, er schneidet es auf, ein leichtes Zucken und — alles ist vorbei. Nein, noch nicht. Wir müssen das Ding verbinden, hier ist ein Rezept, bringen Sie mir das Zeug her.“ Als der Beamte auf der Krankenkasse das Verschreibsel liest, steht er den Kopf weit aus dem Schalter, sieht mich neugierig an und sagt: „Sie müssen doch alle Knochen im Leibe gebrochen haben; der Kunde verlangt 12 Wunden, zwei Pakete Watte und drei Verbander.“ Ich hätte so etwas wie Solidarität mit meinem Medizinmann und sagte nichts. Aber ich schämte mich. Als ich mit dem Herren Zeug zu dem Arzt zurückkam, warf er alles in einen Sack. Ich sah ihn neugierig an. „Ja, da haugen Sie, was?“ fragte er mich, „aber sehen Sie, ich brauche das Zeug für meine Privatpatienten; das ist heute gar nicht mehr zu bezahlen.“ „Arme Krankenheiler“, dachte ich und nahm mir vor, so etwas nie wieder zu tun. Ich wollte ein Stück zweiter Klasse fahren. Anfangs war ich allein im Abteil, aber kurz vor Abgang des Zuges kam ein Hotelbesitzer, legte mir gegenüber zwei geräucherte Roggplattentoffen hin, und dann kam sie. Großer Abschied von einem Herrn, Kämmer, Winken; der Zug fuhr ab. Die Dame war hübsch, jung, hüben verheiratet und wollte sich gern unterhalten. Sie erzählte, sie sei aus Nürnberg und habe diese Nacht ihren Bruder in Frankfurt besucht. Ich sah sie wohl recht ungläubig angesehen haben, denn schließlich fragte sie: „Sie glauben Sie mir etwa nicht?“ „O bitte“, sagte ich, „wie können Sie es etwas denken. Ich habe nur darüber nachgedacht, wie der Hotelbesitzer vom Schwelgerei zu Ihrem Koffer kommt.“ „Das ist köstlich von Ihnen, daß Sie mich gleich erhaspelt haben“, schämte sie. „Aun, da Sie es doch wissen, will ich es Ihnen sagen.“ Und sie erzählte mir eine nette häßliche Geschichte, holte Pigeonetten, Schokolade, Kognak und Knackmandeln herans, zwitscherte über ihr Bierglas; sie ließ ihn elegant in ihr Handtäschchen verschwinden. Leider wachte ich auf. Ich wachte mir vor, so was nie wieder zu tun.

Wir waren bei Bambergers zum Essen eingeladen. Die Hausfrau entschuldigte sich, sie konnten sich leider keine Butter leisten, sie würden nur Margariner essen. Viele schmeckte aber so ausgezeichnelt, daß wir uns fragten, die ist wirklich genau wie gute Butter.

„Was kaufen Sie für eine Sorte?“ fragte meine Frau. Sie nannte uns die Sorte: „Kubus.“ Wir kauften diese Marke am nächsten Tage, aber es war gewöhnliche, schlecht schmeckende Margarine. Einige Wochen später bekamen wir bei Bambergers wieder Margarine und — zum Tausch, sie schmeckte wie Kuhfett. „Geben Sie uns doch mal eine Probe von Ihrer Margarine“, sagte ich, „wir können die Sorte nicht aufreiben, wo kaufen Sie denn dies Produkt?“ Sie wurde unfehlbar und erklärte: „Wir mischen immer etwas gute Landbutter dazwischen.“ Sie gab uns doch eine Probe, und wir festkten fest, daß es gute Landbutter war ohne Margarine. Gelohnt haben wir doch über die Leute, die immer vorgeben, sie essen nur Margarine.“

„Können Sie es nicht machen, daß ich keine Alimente mehr zu zahlen brauche?“ fragt ein jüngerer Briefträger.

„Was fällt Ihnen ein, das sind Ehrenschulden“, sagt ihm der Arbeitersekretär.

„A, aber bei mir nicht.“

„Wie?“

„Mein Vater hat mit dem Hadel verkehrt, und wie es raus kam, hat meine Mutter Kraus gemacht, und damit es niemand merkt — er war Beamter — hab ich seinen Vater spielen. Das Geld hat meine Mutter bis jetzt bezahlt. Seit drei Monaten ist sie tot, nun verlangt man's von mir.“

„Aun und der Vater?“

„Der ist schon länger tot.“

„Und die Kindesmutter?“

„Auch schon tot.“

„A, es lebt nur noch das Kind?“

„Ja, die und jetzt ist der Junge.“

„Da bleibt Ihnen weiter nichts übrig, als zu zahlen.“

Rangesehneigen.

„Aber meine Frau? Wenn sie etwas erfährt? Und die er-fährt's Vater?“

„Erzählen Sie es ihr so, wie sie es mir erzählt haben, vielleicht ändert sie es Ihnen.“

„O ein Unglück, so ein Unglück“, jammert der Briefträger, „wenn mein Vater nicht schon tot wäre, jetzt hätte ich ihn kopiert.“

Der Alte kann lachen, daß er bei...

# Deutschland und die Weltwirtschaft.

## Rathenaus Rede vor dem Obersten Rat.

Passivsaldo 2 Milliarden Gold. / Die Not der Mittelklasse und der Arbeiter. / 218.5 Milliarden für das Budget 1922 / „Versteckte Arbeitslosigkeit“. / Stabilisierung des Budgets. / Größere Autonomie der Reichsbank. / Deutschland zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit.

In seiner vor dem Obersten Rat am 12. Januar gehaltenen Rede betonte Reichsminister a. D. Dr. Rathenau, daß die deutsche Delegation, die ernsthaft bemüht sei, alle gewünschten Auskünfte rückhaltlos und wahrheitsgetreu zu geben, darüber hinaus bereit sei, in dem von ihr geforderten Maße an den Ausgaben dieser Konferenz mitzuarbeiten.

In Beantwortung der auf den Umfang der von Deutschland geforderten Sach- und Geldleistungen sich beziehenden Fragen hob Dr. Rathenau hervor, daß Deutschland entschlossen sei, mit seinen Leistungen bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, daß Deutschland jedoch durch einen verlorenen Krieg, durch schwere Verluste und durch eine Revolution hindurchgegangen sei. Deutschland empfinde selbst am schwersten die anormalen Zustände seiner Lebensbedingungen und seiner Finanzen und wünsche sie zu beseitigen. Es wünsche nicht, den Weltmarkt durch Unterbietungen zu zerrütten. Die beiden Aufgaben, äußere Leistungen und innere Finanzsanierung, vor welche Deutschland dadurch gestellt ist, widersprechen einander. Es sei daher schwer zu sagen, die und die Zahlung eine ausreichende und erträgliche Leistung darstelle. Also müsse eine Summe gefunden werden, deren Schwere erträglich sei und die zugleich der wirtschaftlichen Lage der empfangsberechtigten Nationen entgegen komme.

Als Basis seiner Berechnungen wählte Dr. Rathenau die im Obersten Rat für 1922 genannten Ziffern, 500 Millionen für Barleistungen und 1450 Millionen für Sachleistungen, einschließlich der äußeren Besatzungskosten. Deutschland, ein Land der Lohnarbeit, das Rohstoffe empfangt, sie verarbeitet und die verarbeiteten Erzeugnisse verkauft und nur unerhebliche eigene Rohstoffe hat, müsse das meiste im Ausland kaufen und alles bar bezahlen.

Es könne nur durch seine Handarbeit zahlen und müsse deshalb eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz haben.

Die deutsche Zahlungsbilanz aber sei vorbelastet mit einem Einfuhrbedarf von 2½ Milliarden Lebensmitteln und 2½ Milliarden Rohstoffen, und zwar ohne verarbeitete Fabrikate und ohne Luxusartikel. Außerdem seien im Gegensatz gegen früher ¼ Milliarden Goldmark jährlich an das in Deutschland kapitalbesitzende Ausland zu zahlen. Die Passivseite der Zahlungsbilanz betrage also etwa 5¼ Milliarden Goldmark, denen eine Ausfuhr von nur 3¼ bis 4 Milliarden gegenübersteht. Es bestehe somit ein Passivsaldo der Zahlungsbilanz von 2 Milliarden, schon vor Zahlung irgendwelcher Reparationen.

Auf Befragen Lloyd Georges bestätigte Dr. Rathenau, daß infolge des Standes des Weltindex auf 1,5 die deutsche Ausfuhr jetzt 14 bis 15 Milliarden Goldmark betragen müßte, wenn sie dem Vorkriegsstande entsprechen sollte, sie habe sich also auf etwa ¼ vermindert. Zur Deckung des Defizits der Zahlungsbilanz beständen nur drei Möglichkeiten: Verkauf der Substanz des Landes, große auswärtige Anleihen oder Verkauf der Landeswährung. Den Ausverkauf der Landes-substanz habe Deutschland leider nicht hindern können. Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe habe Deutschland versucht, sie sei aber unmöglich gewesen, da nach Meinung der City die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer seien. Demnach sei es unmöglich gewesen, den Verkauf von Umlaufsmitteln zu vermeiden, obwohl das deutsche Geld dadurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde. Dr. Rathenau hob hervor, daß die Annahme irrig sei, daß der Marktzusatz seit Mitte 1921 nur die Folge der Inflation und des Gebrauches der Notenpresse gewesen sei. Dann hätte der Sturz nicht so plötzlich und in ganz kurzer Zeit eintreten können. Auch habe der Kurs sich erheblich gebessert, sobald sich wieder etwas Blau am Himmel zeigte, die Nachrichten über die ersten Besprechungen zwischen der britischen und französischen Regierung über eine Regelung der deutschen Verbindlichkeiten für 1922.

Solange die Währung eines Staates auf dem internationalen Markte aus dem Gleichgewicht gekommen sei, sei es unmöglich, irgendein Budget auf bestimmte Zeit mit Sicherheit in Ordnung zu bringen. Dr. Rathenau betonte, daß in diesem Augenblick das deutsche Budget für 1922 in Ordnung sei. Es enthalte sogar gewisse Uberschüsse. Dabei sei aber, von den Reparationen abgesehen, jeder neue Marktzusatz, jede neue innere Preiserhöhung eine Gefährdung dieses Budgets. Eine als Hilfsmittel zunächst denkbare Reduktion des Verbrauches sei kaum erreichbar.

Da die Mittelklassen und die Arbeiter weit unter dem Stande der Vorkriegszeit leben.

Es könne sich also nur um Hebung der Produktion und Vermehrung der Ausfuhr handeln. Eine derartige Vermehrung sei aber schwer, weil sich die anderen Völker dagegen wehren.

Zur Entkräftung des immer wieder auftauchenden Vorwurfs, daß Deutschland mit seinen 60 Millionen Einwohnern, seiner großen landwirtschaftlichen und industriellen Bevölkerung, die voll beschäftigt sei, imstande sein müßte, Zahlungen zu leisten, wies Dr. Rathenau darauf hin, daß Deutschland keine Ersparnisse, keine nationalen Sines habe. Es fehlten Deutschland die Reserven aus den Anlagen im

Auslande. Dazu kommt der Verlust an Gebieten und Bevölkerung, der Rückgang der Ausfuhr und der Ausfuhrerträge, der Verlust eines großen Teils der Rohstoffe, die Tatsache, daß gerade landwirtschaftliche Uberschussgebiete verloren sind und daß die landwirtschaftliche Bevölkerung sich mehr vermindert hat als die Gesamtbevölkerung, schließlich die Ermäßigung der Dienste und ihres Ertrages, die Deutschland durch Schiffahrt, Außenhandel und Bankverkehr im Ausland leistete. Auf Grund dieser Faktoren bestimme an Stelle eines Uberschusses einer nationalen Ersparnisse von 6 Milliarden Goldmark vor dem Kriege jetzt ein Defizit von 1 bis 2 Milliarden jährlich. So zehre Deutschland sich allmählich auf, es lebe von seiner eigenen Substanz.

Begüglich der vom Vorsitzenden zur Erörterung gestellten Frage, was Deutschland mit den Waren tue, die es nicht ausführe und aufspeichere, verwies Herr Dr. Rathenau auf die Lage der Arbeitsstundenzahl und ihrer Verwendung in Deutschland. Der gesamte durch die gegebenen Verhältnisse (die Einbußen, die Deutschland durch den Krieg erlitten habe) erforderliche Mehraufwand an Arbeitsstunden betrage 9 bis 9,28 Milliarden Stunden bei einer arbeitenden Bevölkerung von 21 Millionen und 2400 Jahresarbeitsstunden pro Kopf, betrage der Gesamtwert der von Deutschland aufgewendeten Arbeitsstunden nicht mehr als 50 Milliarden. Hiervon würden mehr als 9 Milliarden, fast ein Fünftel der Gesamtzahl, für Arbeit aufgewendet, die Deutschland vor dem Kriege nicht aufzuwenden brauchte. Setze man hierzu diese Summen mit der Zahl der männlichen arbeitenden Bevölkerung in Beziehung, so ergebe sich

eine versteckte Arbeitslosigkeit

von nahezu vier Millionen Menschen, die früher nicht notwendige Arbeit leisten mußten, und zwar alles dies vor irgend einer Zahlung von Reparationen. Von einer Aufspeicherung von Reichümern könne mithin nicht die Rede sein. Hinsichtlich der von Deutschland erwarteten reinen Goldleistung verwies Dr. Rathenau unter Anknüpfung an die Forderung von 500 Millionen Goldmark darauf, daß die reinen Goldlasten für Deutschland in jedem Falle viel höher sein dürften als dieser Betrag. Es handle sich zunächst daneben um den Gegenwert des Clearings mit 360 bis 400 Millionen Goldmark, dann um die in Gold zu beschaffende Bezahlung für die Rohstoffe, deren Deutschland zur Herstellung seiner Sachleistungen bedürfe, nämlich weitere 250 Millionen Goldmark. Deutschland würde also für 1922 eine Goldleistung von mehr als 1 Milliarde Goldmark bekommen, wenn es sich scheinbar nur um eine Goldzahlung von 500 Millionen handle.

Wenn es notwendig erscheine, eine so gewaltige Summe von Deutschland zu verlangen, so sollte man die Frage der Ermäßigung des Clearings und die Einlösung eingehend prüfen. In jedem Falle aber sei Deutschland durchaus bereit, auf den

Weg der Stabilisierung des Budgets

zu treten, der ihm vorgeschlagen ist. Die Regelung der Zölle auf der Goldbasis sollte erfolgen, die Frage der Verkehrstariife werde 1922 neu geregelt werden, um das Defizit dieser Wirtschaftszweige auszugleichen. Der Abbau der Subventionen sei in die Wege geleitet. Die Kohlenfrage sei schwierig, weil die Preise sich dem Weltmarktpreis nähern. Was die innere Anleihe anlange, so ist diese in ernste Erwägung gezogen worden. Die Frage der Kapitalflucht könne nur unter Mitwirkung aller ausländischen Banken geregelt werden. Was die Garantien anlange, so gäbe es Mittel, um der Reichsbank eine größere Autonomie zu geben.

Dr. Rathenau schloß, man habe endlich gefragt, ob wir mitarbeiten wollen am Wiederaufbau Europas. Deutschland würdige die hohe Bedeutung dieser Aufgaben und ihren Zusammenhang mit der Lage, dem Kapitalmarkt der Alliierten reichere Mittel zur Verfügung zu stellen. Immerhin unter den beabsichtigten Bedingungen ist

Deutschland in der Lage, den ihm zugewiesenen Teil zu übernehmen.

Deutschland ist um so mehr geeignet, am Wiederaufbau teilzunehmen, als es mit den technischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Gepflogenheiten des Ostens vertraut ist. Deutschland glaubt, daß man die Frage des Wiederaufbaues beginnen sollte mit der Wiederherstellung des Verkehrs und der Verkehrsmittel. Man müsse sodann an die Quellen der Zerstörungen vordringen und vor allem die bestehenden Unternehmen wieder neu beleben. Deutschland glaubt, daß es an der Entwicklung des Ostens und der Mitte Europas Anteil zu nehmen berechtigt ist. Nach dem Kriege, bei Ausbruch der Revolution, hat Deutschland der staatlichen Desorganisation widerstanden. Hätte diese Desorganisation in Deutschland Fuß gefaßt, so wäre sie eine entschiedene Gefahr für die ganze Welt geworden. Deshalb glaubte Deutschland, sich nicht nur nach Kräften der Wiederherstellung zerstörter Gebiete des Westens, sondern auch mit Rücksicht auf seine nachbarliche Lage der Wiederherstellung des Ostens und Zentraluropas widmen zu können und somit an der Aufgabe teilzunehmen, die die großen Mächte sich im Einvernehmen mit diesen Gebieten gestellt haben.

**Mordtat einer Kellnerin.** Die Dresdener Kriminalpolizei nahm die Kellnerin Elise Koburger aus Dresden wegen Mordes an sich. Sie war vor Jahresfrist bei der Weintribunenbesitzerin Klose in Gienach als Kellnerin in Stellung, heiratete dann nach der Ehen und erfuhr dort, daß die Klose ehrenrührige Äußerungen über sie getan habe, die an ihrem Wohnort bekannt geworden waren. Darumhin fuhr sie am 12. Januar nach Gienach in der Absicht, sich an der Klose zu rächen. Sie besuchte sie in ihrer Wohnung und brachte ihr bei erster Gelegenheit einen Schuß bei, der sie an der Wirbelsäule verletzte. Als sich die Frau umwandte, gab die Koburger einen zweiten Schuß ab, durch den die Klose am Ellbogen verletzt wurde. Nun ergiff die Koburger die Flucht. Die Klose ist ihren Verletzungen erlegen. Die Koburger wurde ergliffen und hat nach langem Zögern ihre Tat eingestanden.

**Ein Vulkan in Tätigkeit.** Im Anden-Gebiet ist der an der östlichen Grenze gelegene Vulkan Rincobu südlich in Tätigkeit getreten und hat im weiten Umkreise große Verheerungen angerichtet. Nördlich des Sees Machuel Nuen sind die Schäden besonders groß. Die Steppen sind meterhoch mit Asche bedeckt, in daß bereits viel Vieh wegen Futtermangels verhungert ist. In Parillocho, wo die Auswirkungen des Vulkans am schlimmsten sind, hat sich der Bevölkerung große Aufregung bemächtigt. Eine Dislexpedition ist nach dem Vulkangebiet abgegangen.

**Schwerer Sturm an der spanischen Küste.** Ein starker Sturm, der Montag nachmittag einsetzte, brachte viele Schiffe zum Sinken. Die Leitungsdrähte der Strahlenbeleuchtung sind beschädigt. Die Stadt Vigo liegt im Dunkeln.

**Im Hemb entflohen.** Während der letzten Nacht ist einer der gefährlichsten Räuber, ein gewisser Enachardi, der erst vor kurzem zu einer Gefängnisstrafe von 14 Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt worden ist, aus dem Landgerichtsgefängnis in Dresden ausgebrochen und nur mit einem Hemb belledet entflohen. Er sollte heute ins Zuchthaus gebracht werden.

**Mordtat französischer Soldaten.** In einem Restaurant in Oov-It ertrugen zwei französische Soldaten und verletzten von dem Wirt Schnaps. Der Ausschank von Spirituosen an Angehörige der Besatzungstruppen ist durch Verordnung der Interalliierten Kommission aus strengste verboten. Der Wirt machte die Franzosen darauf aufmerksam, worauf der eine ein Messer zog und gegen den Wirt vorgehen wollte. Er traf dabei einen deutschen Journalisten und stach ihn nieder. Der Betroffene war sofort tot. Ein englischer Soldat, der sich damit befassen wollte, wurde von dem Franzosen durch Messerschläge so schwer verletzt, daß er im Laufe der Nacht verstorben sein soll. Die beiden Franzosen ergriffen die Flucht und sind auch entkommen.

**Eine herzliche Sprache.** In Gundelfingen in Bayerisch-Schwaben erzählt der Bürgermeister Pfaffenberger, der ja seine Pappenhelmer fernen muß, folgende herzliche Bekanntmachung wegen Uebersetzung der Holzzeitung: „Moralisch haltlose, verlassene Kurche, darunter verheiratete Leute im geistlichen Alter, treiben sich in den Wirtschaften bis 6 Uhr morgens und länger herum. Diese Lotterbuben verkaufen das Geld, das sie ihrer Familie geben müßten. Die Familie muß darben und sparen, weil der Mann das zum Leben Notwendige verkauft. Diese verlassenen Schweine können dann am nächsten Tage nicht arbeiten, infolgedessen Verdienstentgang, dazu Berufs- und Geschäftsschädigung. Geldstrafen gehen nur auf Kosten der Familie. Die Polizeibeamten haben die Saufrane herauszuwerfen, und die geringste Gegenwehr wird als Widerstand gegen die Staatsgewalt behandelt. Der Wirt, welcher dubeit, daß bei ihm die Holzzeitung maßlos überschritten wird, wird mitbestraft und bei Wiederholung ihm das Lokal gesperrt.“

## Neue Bücher.

**Ein unentbehrlicher Ratgeber in Steuerfragen.** Reichstagsabgeordneter Wilhelm Reil hat seine im Verlage der Schwäbischen Tagblatt G. m. b. H. Stuttgart bereits in 7 Auflagen erschienene Broschüre „Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Lohnsteuer)“ in solchem Taschenformat neu herausgegeben. Reil, der auch an der neuesten Forderung der Einkommensteuer mitgearbeitet hat, stellt nicht nur den Inhalt aller für den Steuerabzug maßgebenden Gesetzesbestimmungen in ihrer neuesten Fassung gemeinverständlich dar, sondern gibt in einer einleitenden Abhandlung auch ein Bild von den parteipolitischen Kämpfen, die um den Steuerabzug und den neuen Steuerfortschritt geführt wurden. Die 64 Seiten starke Schrift, die für alle Lohn- und Gehaltsempfänger von größter Wichtigkeit ist, kann von jeder Buchhandlung zum Preis von 4,50 M. bezogen werden.

**Die Schule der werdenden Gesellschaft.** Von Dr. Erik Karsten, Oberstudienrat. Preis 7 Mark. 1922. K. S. B. Die nach Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Die Schrift des Genossen Dr. Erik Karsten, aus der sozialistischen Weltanschauung heraus geboren, wird zu einem selbständigen Träger dieser Weltanschauung. Sie steuert mit aller Entschiedenheit auf die Überwindung der Klassenanschauungen und Klassenvorteile der bürgerlichen Menschen los. Und einen wesentlichen Anteil an dem Niederringen des Klassenmenschtums weist Dr. Karsten der Gemeinshaftskunde zu, der „Erziehungsgemeinschaft der Jugend mit ihren Eltern und Erben mit der gesamten gesellschaftlichen, menschlichen und dringlichen Umwelt“. Die Gemeinshaftskunde als Schule der lebendigen Gesellschaft wird nach Karsten dieser entspringen, von dem Mitteln der Gesellschaft leben und für alle da sein. In dieser Schrift Karstens loht das den ganzen Menschen ergreifende Feuer eines überzeugten Sozialisten, der von den erhabenen Zukunftsaufgaben der Menschheit ganz erfüllt ist.

**Ein fleißiger Weg. Lebenserinnerungen.** Von Ottilie Baader. Verlagsbuchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis geb. 16 M. Bis her mußte man aus den Anfängen der Arbeiterinnenbewegung nur sehr wenig. Selbst in der Partei fehlte es an dieser Kenntnis. Jetzt kommt Ottilie Baader, die lange Jahre die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands war, und schenkt uns in einem hübsch ausgestatteten Buch ihre Lebenserinnerungen. Still und zurückhaltend, wie es ihre Art ist, sagt sie von ihrem persönlichen Leben nur sehr wenig, aber hinter den schlichten Worten sieht man, welche Energie, aber auch welche Menschenliebe dazu gehörte, um neben einem Tagelöhner ohne Erbe und voller Mühsal und Entbehrungen den Kampf aufzunehmen, um allgemein für die arbeitenden Frauen und Kinder bessere Lebensverhältnisse zu schaffen. Von diesem unermüdbaren Kampf unterer Arbeiterinnen erzählt das Buch. Es ist wichtig, daß es nicht nur alle Frauen und Männer, sondern auch die Jugend liebt. Vergleichen wir darnach das, was war, an dem, was ist, dann werden uns die Augen hell und wir schreiten mutiger weiter auf dem Weg, der für die Frauen noch so vielen Aufgaben und Zielen in der Fortentwicklung und Festigung der Stellung der Frau innerhalb der Gesellschaft führt.

## Geschäftliches.

Eine sechsdige Überfaltung wird allen Bierliebenden dieses Jahr durch unsere hiesigen Brauereien bereitet. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, kommt am Dienstag, dem 24. Januar nach städtiger Kauf wieder ein freudenerwartetes Bockbier zum Ausstoß. Das schönfarbige Bier ist wohlgerechert, würzig und wohlbestimmlich.

